

November 2021

Politische Teilhabe im transnationalen Kontext: Türkische und serbische MigrantInnen in Wien

Dr. Cengiz Günay & Dr. Vedran Džihic

Co-AutorInnen:

Manuel Bonat, Lena Elena Nagler, Magdalena Übleis-Lang



Gefördert durch Mittel der Stadt Wien, MA 7

Projektteam

Projektleitung:

Dr. Cengiz Günay ist stellvertretender wissenschaftlicher Direktor des oiip, Senior Researcher und Lektor an der Universität Wien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Islamismus, politische Reform, Demokratisierung, Außenpolitik und die Rolle von nicht-staatlichen Akteuren. Sein regionaler Fokus liegt auf der Türkei, Ägypten und Tunesien.

Dr. Vedran Dzihic ist Senior Researcher am oiip und lehrt am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und an der Universität für Angewandte Kunst in Wien. Zu seinen thematischen Schwerpunkten gehören Südosteuropa, EU-Erweiterung, Demokratie- und Autoritarismusforschung und Nationalismus.

ProjektmitarbeiterInnen:

Manuel Bonat, BA, hat einen Bachelor-Abschluss in Politikwissenschaft und absolviert derzeit das interdisziplinäre Masterstudium Zeitgeschichte und Medien an der Universität Wien. In seinem Studium fokussiert er sich auf politische Kommunikation und Medien. Seine Interessenschwerpunkte umfassen die Berichterstattung über internationale Konflikte, Internationale Beziehungen und Geopolitik.

Lena Elena Nagler, BA, hat das Bachelorstudium der Politikwissenschaften an der Universität Wien abgeschlossen. Innerhalb ihres Studiums fokussierte sie sich auf die Kernbereiche der Internationalen Politik und den Politischen Aktivismus. Ihr Wissen ergänzte sie durch unterschiedliche Kurse am Juridicum der Universität Wien im Bereich des Internationalen Rechts.

Magdalena Übleis-Lang, MA, hat Soziale Arbeit (BA) und Gender Studies (MA) studiert und absolviert derzeit ihren Master in Politikwissenschaften. Sie hat vier Jahre im Frauenhaus gearbeitet, weswegen sie sich auf geschlechtsspezifische Gewalt spezialisiert hat. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich der geschlechtlichen Implikationen neoliberaler Transformation.

Inhalt

Einleitung	1
Demographische Daten zu migrantischen Communities in Wien	5
Rahmenbedingungen für politische Teilhabe	7
Politische Identität und transnationales Engagement	9
Formen transnationalen politischen Engagements	18
Migrantische Vereine und Medien	22
Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen	31
Literatur	35

Einleitung

Nach ZuwanderInnen aus Deutschland stellen MigrantInnen aus Serbien und der Türkei die größten migrantischen Gruppen in Wien dar. Obwohl Integrationsthemen seit mehreren Jahrzehnten die öffentlichen Debatten dominieren, fehlt es an detaillierten Auseinandersetzungen mit Fragen der politischen Teilhabe bzw. des politischen Engagements von MigrantInnen aus diesen beiden Ländern. Die vorliegende Studie setzt hier an. Sie untersucht anhand von MigrantInnen aus Serbien und der Türkei die Rahmenbedingungen, die die politische Teilhabe verhindern bzw. begünstigen, beleuchtet die Rolle von politischen Identitäten und differenziert unter verschiedenen Formen des politischen Engagements. Die Studie berücksichtigt dabei transnationale Räume in denen sich neue, hybride Identitäten, mit überlappenden Bezugnahmen, neue Aktionsformen sowie neue Formen der Vernetzung bilden. Politik bzw. die Teilhabe daran sollte in diesem Zusammenhang nicht lediglich als die Beteiligung an Wahlen verstanden werden. Vielmehr ist es notwendig ein breiteres und umfassenderes Verständnis von Politik zu gewinnen.

Das Leben von MigrantInnen ist im höchsten Maß politisch. Zum einen sind sie in Österreich seit Jahrzehnten migrations-kritischen Debatten ausgesetzt und zum anderen gewinnen Veränderungen im Staatsbürgerschaftsrecht, verpflichtende Deutschkurse, Visums- und Einreiseregulungen sehr schnell eine lebensverändernde politische Bedeutung für einzelne MigrantInnen. Erschwerte Reiseregulungen im Zuge der Covid-19 Pandemie gelten als Beispiel dafür. Diese Erfahrungen prägen politisches Engagement bzw. die Motivation dahinter. Ähnlich spielen auch Ereignisse im Herkunftsland eine maßgebliche Rolle und können zu politischer Mobilisierung und Solidarisierung führen.

Die vorliegende Studie möchte die Wechselbeziehungen, die sich durch transnationale Räume ergeben, berücksichtigen und hebt sich somit bewusst von den Debatten um Integration sowie dem im öffentlichen Diskurs verwendeten Integrationsbegriff ab. In der Öffentlichkeit wird Integration oft als ein linearer und gleichzeitig offener Prozess verstanden, in dem sich MigrantInnen an die Mehrheitsgesellschaft anpassen und eingliedern. Linear meint, dass der Prozess nahezu automatisch erfolgt, es keine oder kaum Alternativen dazu gibt bzw. dass dieser einseitig, d.h. von MigrantInnen zu erbringen ist. Offen meint, dass der Prozess niemals abgeschlossen werden kann, da EinwandererInnen, so sehr sie sich auch bemühen, nicht ihre ursprüngliche Identität aufgeben können. Sie werden immer „anders“ bleiben und das „Anders-sein“ kann ihnen immer „vorgeworfen werden“.

Somit geht die Integrationsdebatte von einer „Entweder-Oder“-Logik aus, wonach sich MigrantInnen entweder für das Einwanderungsland oder das Herkunftsland entscheiden müssen. Auch das österreichische Staatsbürgerschaftsgesetz baut auf dieser „Entweder-Oder“ Logik auf und verlangt von EinwanderInnen im

Falle der Annahme der österreichischen Staatsbürgerschaft die Aufgabe der Staatsbürgerschaft ihres Herkunftslandes und damit einen Teil ihrer kulturellen Identität.

Dies entspricht kaum bis gar nicht den Lebensrealitäten von Menschen, die Wurzeln, Familie, Freunde, Geschäftsverbindungen, kulturelle, soziale, politische oder religiöse Bande in bzw. zu anderen Ländern haben. In den meisten Fällen bilden sich durch migrantische Erfahrungen transnationale Räume, Verbindungen und Organisationsformen, die über Generationen hinweg Bedeutung haben und Teil der persönlichen Identität sind. „Transnationale Räume“ wurden in den letzten Jahrzehnten durch die rasanten Entwicklungen im Kommunikationsbereich, sowie vielfältige Möglichkeiten des einfachen und billigeren Reisens und oft auch die geographische Nähe zu den Herkunftsländern verdichtet (Glick-Schiller 2007; Strasser 2009).

Das Konzept des Transnationalismus trägt „der ökonomischen, kulturellen, politischen und sozialen Verflechtung von Migrant[Inn]en auf der lokalen, regionalen, nationalen und transnationalen Ebene, also sowohl in der (bzw. den) Herkunftsregion(en) und der (bzw. den) Ankunftsregion(en) [...]“ (Pries 2003, 32) Rechnung. Dabei ist allerdings auch festzuhalten, dass dies ein offener Prozess ist, der mehrfache Verschiebungen, Überlappungen, Gegenbewegungen und –Trends zulässt.

Transnationale Lebensräume und -welten sind oft sehr unterschiedlich ausgeprägt. Den meisten gemeinsam ist allerdings eine gewisse Multilokalität. Damit sind eine Mehrfachverortungen und Zugehörigkeiten gemeint. Menschen können gleichzeitig mehreren unterschiedlichen lokalen Netzwerken angehören bzw. sich zugehörig fühlen. Multilokalität bedeutet auch, dass das Wissen zu unterschiedlichen Lokalitäten angeeignet wird und dieses Wissen sich gegenseitig befruchtet und Verbindungen und Praktiken an sämtlichen Orten mitprägt.

Obwohl sich der Lebensmittelpunkt der Migrantinnen aus Serbien und der Türkei in Wien befindet, pflegen die meisten von ihnen vielfältige und enge Beziehungen zu den Herkunftsländern bzw. dem Herkunftsland, der Herkunftsregion und dem Herkunftsort bzw. jenem der Eltern oder Großeltern. In den meisten Fällen geht dies auch mit einem großen Interesse an den politischen Entwicklungen in den Herkunftsländern einher. Hybride transnationale Identitäten bedingen aber, dass auch hier keine „Entweder-Oder“ Logik zu suchen ist. Interesse und Engagement für politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen im Auswanderungsland bedeutet nicht automatisch ein geringeres oder gar kein Interesse für die Entwicklungen in Wien bzw. Österreich. Ganz im Gegenteil, transnationale Erfahrungen wirken sich in beide Richtungen aus.

So sehr transnationale Erfahrungen, Wahrnehmungen sowie auch die Formen des Engagements prägen, so sehr ist die Teilhabe an politischen Prozessen, Institutionen und Organisationen durch rechtliche und politi-

sche Strukturen in Österreich bedingt bzw. begrenzt. Menschen ohne österreichische bzw. EU-Staatsbürgerschaft sind von dem aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Viele MigrantInnen mit österreichischer Staatsbürgerschaft fühlen sich wiederum von den politischen Strukturen ignoriert oder gar ausgegrenzt. Zu sehr werden die Strukturen als starr und klientelistisch wahrgenommen. MigrantInnen empfinden es meist als sehr schwierig, sich Gehör zu verschaffen, geschätzt und gefördert zu werden (Interview Aktivist Wien, März 2021; Interview Aktivistin Wien, April 2021). Obwohl viele MigrantInnen traditionell der Arbeiterklasse zugerechnet werden können, sind MigrantInnen in der Gewerkschaft oder der Arbeiterkammer weiterhin stark unterrepräsentiert (Interview Aktivistin Wien, April 2021).

Vereine füllen hier oft eine Lücke. Sie ersetzen die fehlende politische Repräsentation. Für viele MigrantInnen, die sich engagieren möchten, stellen Vereine einen Einstieg in politisches Engagement dar. Hierzu zählen einerseits zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich mit Fragen der Integration bzw. mit Anliegen von MigrantInnen auseinandersetzen und in denen MigrantInnen mitarbeiten und andererseits Vereine, die von MigrantInnen gegründet wurden und betrieben werden. In dieser Studie beziehen sich die AutorInnen vor allem auf die letztere Gruppe der „migrantischen Vereine“. Diese repräsentieren meist äußerst unterschiedliche soziale Milieus und deren politische, kulturelle, religiöse und andere Interessen.

Migrantische Organisationen sind stark durch transnationale Erfahrungen und Verbindungen geprägt. Sie dienen als Brücke zum Herkunftsland bzw. als Anker für die eigene soziale Identität und als deren Statement im Einwanderungsland. Allerdings sollten zivilgesellschaftliche Organisationen nicht als Vertretungen für ganze migrantische Gruppen missverstanden werden. Die meisten MigrantInnen sind nicht in Vereinen organisiert. Vielmehr spiegeln Vereine ausgeprägte Ausrichtungen, Interessen, Milieus, politische und religiöse Bewegungen innerhalb der Diasporagruppen wider. Die Vielfalt deckt sich zu einem Großteil mit den gesellschaftlichen, religiösen, politischen, wirtschaftlichen und anderen Brüchen, Spaltungen und Netzwerken in den Herkunftsgesellschaften, wird aber durch Migrationserfahrungen erweitert bzw. ergänzt.

Nichtsdestotrotz wirken sich politische Prozesse in den Herkunftsländern auch auf das politische Engagement bzw. die Formen des Engagements von MigrantInnen aus. Insbesondere die starke politische Polarisierung in der Türkei und Serbien hat einen wesentlichen Einfluss auf die Ausprägung der transnationalen politischen Räume und die Formen des politischen Engagements.

In den letzten Jahren kam es in Serbien und der Türkei zu einer wachsenden politischen und sozialen Polarisierung. Beide Länder entfernten sich schrittweise von liberalen demokratischen Werten. Die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) des türkischen Präsidenten Tayyip Erdoğan und die SNS (Serbische Fort-

schrittspartei) des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić dominieren die Medien und somit den politischen Diskurs. In beiden Ländern ging mit dem Populismus der Regierungsparteien ein moralisierender Nationalismus einher, in dem rhetorisch zwischen „guten“ und „schlechten“ SerblInnen bzw. TürklInnen, Freunden und Feinden der jeweiligen Nation unterschieden wird. Die Polarisierung bleibt nicht ohne Folgen für die migrantischen Gruppen in Wien.

Die Diaspora spielt in den Strategien der beiden Regierungsparteien keine unwesentliche Rolle. Zum einen sind die serbische bzw. türkische Diaspora in Europa eine wichtige WählerInnen-Reserve und zum anderen können transnationale Verbindungen gut für finanzielle Interessen, politisches Lobbying bzw. Symbolpolitik genutzt werden. Als Beispiel hierfür sind Recep Tayyip Erdoğans Wahlkampftouren in verschiedenen europäischen Städten bzw. die Versuche des serbischen Präsidenten Vuc, auf die Vereinsstruktur der serbischen Vereine in Wien einzuwirken, zu sehen. Die nationalistische und polarisierende autoritäre Politik der Regierungsparteien mobilisiert zwar viele in der Diaspora, sie löst aber auch heftige Gegenreaktionen aus. Es entstehen dabei neue Formen des Widerstands, der sich in Protesten, sozialen Bewegungen und Aktivismus äußert. Auch diese Formen des transnationalen politischen Engagements sind in der Diaspora zu finden.

Die vorliegende Studie untersucht anhand der beiden größten migrantischen Gruppen in Wien (aus Serbien und der Türkei) nicht nur die unterschiedlichen Formen politischen Engagements, sondern auch die Motivationen dahinter. Sie bezieht sich dabei auf Konzepte wie die Social Identity Theory (SIT), die die politischen Identitäten und das politische Verhalten von Menschen erläutern, sowie auf transnationale Ansätze und das Konzept von post-migrantischen Gesellschaften.

Die Studie ist in ihrem Umfang als eine Pilotstudie angelegt und erhebt daher keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr erarbeitet sie grundlegende Strukturen und Motivationen und entwirft auf Basis dieser Untersuchung eine grobe Gliederung politischen Engagements in zwei unterschiedliche Ausrichtungen ab. Die Studie leitet daraus Handlungsempfehlungen ab und zeigt auf, welche Maßnahmen und Rahmenbedingungen für eine stärkere politische Teilhabe von MigrantInnen notwendig wären.

Die Studie baut vor allem auf Literatur und Datenanalyse sowie Interviews mit AktivistInnen, PolitikerInnen und ExpertInnen auf. Insgesamt wurden acht Interviews durchgeführt. Während sechs davon mit AktivistInnen und PolitikerInnen stattfanden, waren zwei InterviewpartnerInnen ExpertInnen aus der Wissenschaft. Die Namen der Interviewpartner wurden anonymisiert. Die Studie ist wie folgt strukturiert: Im ersten Kapitel werden die demographischen Daten in Wien dargelegt. Im zweiten Kapitel werden die Debatten zu politischen und sozialen Identitäten sowie jene zu Inklusion, Integration und Transnationalismus erörtert bzw. im Zusammenhang mit den beiden migrantischen Gruppen in Wien diskutiert. Im dritten Kapitel werden die

unterschiedlichen Formen transnationalen politischen Engagements aufgezeigt und analysiert. Auf dieser Grundlage formulieren die AutorInnen am Ende der Studie Handlungsempfehlungen für die Förderung und Stärkung der politischen Beteiligung von MigrantInnen und migrantischen Communities in Wien.

Demographische Daten zu den serbischen und türkischen Communities in Wien

Im Jahr 2021 hat fast die Hälfte der Wiener Bevölkerung Migrationshintergrund¹ (46,2 %) (Statistik Austria, 2021a). Obwohl der größte Anteil der Zugewanderten der letzten 10 Jahren aus EU-Mitgliedsstaaten stammt und die Anzahl ex-jugoslawischer und türkischer MigrantInnen stagniert beziehungsweise rückläufig ist, (Stadt Wien 2020, 31) stellen Menschen mit serbischen und türkischen Wurzeln die beiden größten Gruppen der migrantischen Bevölkerung Wiens dar (Stadt Wien, 2020, S. 35).

Historisch lässt sich die Migration nach Österreich der letzten Jahrzehnte in drei Phasen gliedern. In der ersten Phase wurde Zuzug nach Österreich durch die sogenannten Anwerbeabkommen forciert. Diese bildeten den rechtlichen Rahmen für eine als temporär verstandene Arbeitsmigration nach Österreich. Das erste Anwerbeabkommen wurde 1962 mit Spanien unterzeichnet. Es hatte aber nur geringe Wirkung. Darauf folgten jene mit der Türkei 1964 und dem damaligen Jugoslawien 1965 (Bakondy, 2017, 115). ArbeitsmigrantInnen glichen die negative Geburtenbilanz der Nachkriegsjahre aus (Stadt Wien 2020, 28). Das Jahr 1973 markiert die vorläufige Hochphase der ArbeiterInnenmigration nach Österreich. Von den damals 250.000 GastarbeiterInnen stammte mit 78,5% der überwiegende Teil aus Jugoslawien während 11,8% aus der Türkei kamen (Bakondy 2017, 115). Etwa die Hälfte der GastarbeiterInnen waren in Wien beschäftigt. 95% arbeiteten als ausgebildete ArbeiterInnen in der Leder- und Textilindustrie oder im Baugewerbe (Lorber 2017, 168).

Die zweite große Phase der Zuwanderung erfolgte in den 1990er Jahren in Folge des Falls des Eisernen Vorhangs. Diese erreichte mit dem blutigen Zerfalls Jugoslawiens ihren Höhepunkt (Stadt Wien 2020, 27). 1991 und 1992 gab es 13.846 Asylanträge von Flüchtlingen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (Fassmann & Münz 1995, 36f.). 10% der Asylanträge in den 1990er Jahren wurden von türkischen StaatsbürgerInnen gestellt. Hier spielten der Kurdenkonflikt und die anhaltende Wirtschaftskrise in der Türkei eine wesentliche Rolle. Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 verstärkte die Einwanderung nach Österreich aus den europäischen Mitgliedsstaaten kontinuierlich.

¹ Die Statistik Austria fasst unter diesem Begriff Personen deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden. Diese Personengruppe lässt sich wie folgt untergliedern: In MigrantInnen der ersten Generation (Personen, die selbst im Ausland geboren wurden) und in ZuwandererInnen der zweiten Generation (Kinder von zugewanderten Personen, die aber selbst im Inland zur Welt gekommen sind). (Statistik Austria, 2021b)

Das Jahr 2015 gilt als der Höhepunkt der dritten Phase. Im Rahmen der Fluchtbewegungen waren es vor allem Menschen aus Afghanistan und Syrien, die nach Österreich kamen (Stadt Wien 2020, 27).

Die genaue Eruiierung der Zahl der serbisch-stämmigen Bevölkerung in Wien ist schwierig. In der Statistik werden nur Personen erfasst, die entweder selbst oder deren Eltern in Serbien geboren wurden. Gleichzeitig werden Personen, die sich selbst als ethnisch serbisch bezeichnen, aber StaatsbürgerInnen Kroatiens oder Bosnien-Herzegowinas sind statistisch nicht als SerblInnen erfasst (ÖIF 2015, 2). Zudem werden auch 30 Jahre nach dem Zerfall Jugoslawiens die Länder des ehemaligen Jugoslawiens, in Statistiken weiterhin zusammengefasst.

Auch ZuwanderInnen aus der Türkei sind keine homogene Gruppe. Statistisch werden Personen, die die türkische Staatsbürgerschaft besitzen oder deren Eltern sie besitzen oder besaßen als MigrantInnen türkischer Herkunft erfasst. Die Gruppe der ZuwanderInnen aus der Türkei ist aber ethnisch sowie auch konfessionell divers und umfasst LasInnen, PomakInnen, TatarInnen, Tscherkessen, GeorgierInnen, Zazas, AraberInnen, GriechInnen, ArmenierInnen, KurdInnen, TürklInnen, AssyrerInnen und AlevitInnen, um nur einige zu nennen, zusammen (Şimşek 2017 147; 150).

Zudem können innerhalb dieser Migrationsgruppen erhebliche sozio-demographische und Unterschiede in den Milieus festgestellt werden. Hier sind vor allem jene von Bildungs- und ArbeitsmigrantInnen zu unterscheiden. In Österreich sind Menschen mit Migrationsbiografie armutsgefährdeter als jene ohne. 2017 waren durchschnittlich 17% der gesamten österreichischen Bevölkerung armutsgefährdet, während die Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung der Türkei-stämmigen Bevölkerung (nach Geburtsland) im gleichen Zeitraum mit 30% und der Ex-Jugoslawien-stämmigen Bevölkerung mit 29%, mehr als doppelt so hoch war (Statistik Austria 2019b, 13). Die soziale Deprivation schlägt sich auch in den Wohnverhältnissen nieder, die für die türkische und ex-jugoslawischen Bevölkerung in Wien deutlich beengter sind als für die nicht-migrantische Bevölkerung (vgl. dazu ÖIF 2019, 55).

Während die Arbeitsmigration aus Serbien und der Türkei nach Österreich kontinuierlich abnahm, kamen in den letzten beiden Jahrzehnten vermehrt Personen aus diesen beiden Ländern zum Studieren nach Österreich. In den 1990er und frühen 2000er Jahren nahm die Anzahl der Studierenden aus der Türkei, aus verschiedenen Gründen (z.B. Kopftuchverbot an türkischen Unis) zu (Erturgrul 2011, 62). Zwischen 2004 und 2013 hat sich die Anzahl der Studierenden aus der Türkei sogar auf 4100 verdoppelt (ÖIF 2014, 6). Danach sank die Zahl Studierender aus der Türkei aufgrund der Aufhebung des Kopftuchverbots in der Türkei bzw. des Wegfalls von Zugangsbeschränkungen für Berufsschulabsolventen, kontinuierlich, während umgekehrt die Anzahl der serbischen Studierenden in den letzten zehn Jahren gestiegen ist (Statistik Austria 2021d).

Oft gibt es zwischen den unterschiedlichen sozio-ökonomischen Milieus nur geringen Austausch bzw. Kontakt, weshalb kaum von einer serbischen oder einer türkischen Community sondern vielmehr von mehreren Communities, die nebeneinander bestehen, gesprochen werden muss.

Politisches Engagement, bzw. die Integration von MigrantInnen in das politische Leben in Österreich sind zum einen durch die persönliche Motivation von Individuen und Gruppen und zum anderen durch die rechtlichen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen bedingt.

Rahmenbedingungen für politische Teilhabe

Ein Großteil der MigrantInnen kann nur in einem eingeschränkten Ausmaß an politischen Entscheidungen partizipieren und gesellschaftliche Entwicklungen mitprägen. Eine wichtige Voraussetzung für die gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe von MigrantInnen ist die Anerkennung des transnationalen Wissens und der Erfahrungen, dass diese Menschen einbringen können, bzw. auch eine Kultur der Inklusion. Maßgeblich für ein teilhabeorientiertes Verständnis von Integration ist David Lockwoods (1979) Unterscheidung zwischen Sozialintegration - Individuen und Gruppen werden in ein soziales System integriert - und Systemintegration - Integration eines sozialen Systems in seiner Gesamtheit. (Lockwood 1979). Diese Definition kann prinzipiell zur Analyse von Partizipationschancen aller Gesellschaftsmitglieder entlang von Strukturkategorien wie Klasse, Ethnizität, Religion, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Alter etc. verwendet werden (Treibel 2016).

Unter gesellschaftlicher Teilhabe versteht die Soziologie die Partizipation Einzelner und sozialer Gruppen an den in einer Gesellschaft für wichtig erachteten Teilbereichen sowie den Zugang zu Ressourcen. In (westlichen) Gegenwartsgesellschaften ist die Teilhabe am Arbeitsmarkt von besonderer Relevanz, zumal daran eine Reihe weiterer Ressourcen geknüpft sind, wie Bildung, Wohnen, soziale Interaktion, Kommunikation sowie politische und kulturelle Partizipation (Reinprecht und Weiss 2011). Gesellschaftliche Teilhabe ist damit geknüpft an soziale Ungleichheit. Es geht letztlich auch um die Frage, inwiefern Gesellschaftsmitglieder mit bestimmten Merkmalen (z.B. Migrationsgeschichte) Vor- oder Nachteile im Zugang zu sozialen und politischen Ressourcen und Lebensbereichen haben. Das „Kriterium für eine gelungene Integration ist das Verschwinden von Diskriminierung, die Abflachung von sozialen Ungleichheiten, die Ermöglichung von sozialer Aufwärtsmobilität, die Vermeidung von Exklusion“ (Reinprecht und Weiss 2011).

In Österreich ist die politische Beteiligung von MigrantInnen – die Teilhabe an politischen Prozessen, wie das aktive und passive Wahlrecht sowie die Integration in politische Strukturen, Institutionen und Parteior-

ganisationen – wesentlich durch das Staatsbürgerschaftsrecht begrenzt. Die österreichische Staatsbürgerschaft beruht auf dem *ius sanguinis*, das heißt Staatsbürgerschaft durch Abstammung und nicht durch die Geburt im Land (*ius solis*). Dies erschwert den Zugang von MigrantInnen in der zweiten, dritten oder vierten Generation, die in Österreich als Kinder von Eltern mit einer anderen Staatsbürgerschaft geboren wurden, zur österreichischen Staatsbürgerschaft.

Das österreichische Staatsbürgerschaftsrecht gilt im internationalen Vergleich als besonders restriktiv. Zusammen mit Bulgarien stellt Österreich unter den 52 Ländern im Integration Policy Index erfassten Ländern, MigrantInnen die größten Barrieren bei der Einbürgerung in den Weg (Migrant Integration Policy Index (Mipex) 2020). Die Einbürgerung wird in Österreich als die Krönung eines abgeschlossenen Integrationsprozesses verstanden. Neben dem Austritt aus der vorherigen Staatsbürgerschaft sind neben eines – in der Regel – mindestens 10-jährigen Aufenthaltes in Österreich, ausreichende Deutschkenntnisse, eine positive Staatsbürgerschaftsprüfung, ausreichende finanzielle Mittel notwendig. Während die Verhinderung einer Doppelstaatsbürgerschaft für viele Menschen ein Hindernis für die Erlangung einer österreichischen Staatsbürgerschaft darstellt, zeigt eine Studie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zeigt auf, dass die erforderliche finanzielle Absicherung sowie die Kosten für die österreichische Staatsbürgerschaft vor allem für untere Einkommensschichten eine Hürde darstellen (Bauböck & Haller 2021). Da in Österreich ökonomische Mittel vergeschlechtert sind, der Gender Pay Gap² konstant hoch und die Frauen mit Migrationsbiografie ökonomisch besonders marginalisiert sind, diskriminieren die Einbürgerungsvoraussetzungen Frauen in besonderer Weise (Rössl 2018, 74).

Die Einbürgerungsrate in Wien von 0,6% ist im Vergleich zu anderen EU-Städten sehr niedrig. Österreich gilt mit einer Einbürgerungsrate von 2,1% als eines der Länder mit den niedrigsten Einbürgerungsquoten im EU-Vergleich. Schweden hat im Vergleich eine Einbürgerungsrate von 7,2% (Eurostat 2020, 2). Die niedrige Einbürgerungsrate schlägt sich in einem Demokratiedefizit nieder. Bei einem durch Migration bedingten Anstieg der Bevölkerung, nimmt der Anteil der wahlberechtigten Bevölkerung konstant ab. Während der Vertrag von Maastricht (1992) EU-BürgerInnen auf kommunaler Ebene das Wahlrecht ermöglicht, sind Drittstaatsangehörige, wie serbische und türkische StaatsbürgerInnen, zur Gänze vom österreichischen Wahlrecht ausgeschlossen (Kalayci 2009, 75). In Wien hat sich das Demokratiedefizit seit 2002 von 15,9% der Bevölkerung im wahlfähigen Alter, die aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft nicht an den Wahlen teilnehmen auf 30,1% im Jahr 2020 beinahe verdoppelt (Integrationsmonitor 2020, 55). Dabei leben 53% der WienerInnen ohne Wahlberechtigung schon seit mehr als 10 Jahren in Österreich und 80% davon sind schon mehr als fünf Jahre in Österreich ansässig (Integrationsmonitor 2020).

² der Gender Pay Gap lag 2019 bei 19,9%. Österreich liegt damit über dem EU-Durchschnitt von 14,1% (Statistik Austria 2021e)

Rudolfsheim-Fünfhaus ist der Bezirk mit dem höchsten Demokratiedefizit. Hier dürfen 41,7% der EinwohnerInnen aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft nicht an Wahlen teilnehmen (davon dürfen allerdings 18,5% aufgrund einer EU-Staatsbürgerschaft auf Bezirksebene wählen). Darauf folgt Brigittenau, wo 38,2% nicht an den Wahlen partizipieren dürfen (davon dürfen 14,3% auf Bezirksebene wählen) (Integrationsmonitor 2020, 58). Mireille Ngosso, SPÖ Abgeordnete zum Wiener Landtag, weist darauf hin, dass Personen, die von dem restriktiven Wahlrecht ausgeschlossen sind, zu großen Teilen MigrantInnen aus unteren Einkommenschichten sind (Der Standard 2020a).

Das daraus entstehende Demokratiedefizit lässt sich auch in Zahlen ausdrücken: Offiziell lag die Wahlbeteiligung bei der Wiener Landtagswahl 2015 bei 74,8%. Werden Personen, die im wahlfähigen Alter gewesen sind, aber nicht wahlberechtigt waren, einberechnet, so läge die Wahlbeteiligung bei der gleichen Wahl nur knapp über 50%. Die Repräsentativität der Wahl ist demnach verzerrt (SOS Mitmensch 2020a). Ein hohes Demokratiedefizit wirft die Frage der Repräsentation und Legitimität auf und fördert in Bezug auf politische und gesellschaftliche Teilhabe eine Zweiklassengesellschaft.

Wie zwei Schweizer Studien von Hainmüller et al (2015; 2019) darlegen ist die Einbürgerung ein wesentlicher Katalysator der Integration. Sie hat einen positiven Effekt auf die langzeitige Integration von MigrantInnen, sowohl hinsichtlich ihrer ökonomischen Situation, als auch in Bezug auf die politische Teilhabe und das Engagement. Außerdem fördert sie den Willen im Aufnahmeland in ein besseres Leben zu investieren (Hainmüller et al 2019; Hainmüller et al 2015). Die positiven Effekte der Einbürgerung auf die politische Integration wirkt sich auf MigrantInnengruppen aus verschiedenen Herkunftsländern fast unabhängig von sozialen Schichten und Bildungsniveaus aus (Hainmüller et al 2015, 12655). D'Amato (2014) schlägt den Ersatz der Staatsbürgerschaft als Voraussetzung für das Wahlrecht durch eine EinwohnerInnenbürgerschaft vor. Diese fokussiert auf die gelebte Urbanität. Da jeder EinwohnerIn auch Mitglied der Stadt ist, kann er /sie durch Teilhabe an der „öffentlichen Sache“ seine/ihre loyale Zugehörigkeit zur Stadt unter Beweis stellen (D'Amato 2014, 364).

Politische Identität und transnationales Engagement

Politisches Engagement basiert auf unterschiedlichen Motivationen. Faktoren, die politisches Engagement mitbedingen, inkludieren ideologische Überzeugungen, soziale Identitäten, aber auch das Vorhandensein eines individuellen Strebens nach Macht und Einfluss. In einem post-ideologischen Zeitalter vermischen sich zunehmend Identitätsfragen mit ideologischen Ansätzen, bzw. überlagern sie oft diese.

Identität ist dabei einerseits als eine Kategorie der Analyse und eine Kategorie der Praxis (Brubaker und Cooper 2004, 4/5) zu verstehen. Als eine Kategorie der Praxis nutzen es AkteurInnen dazu um sich selbst und ihren Aktivitäten einen Sinn zu verleihen und vor allem um hervorzuheben, inwieweit sie diese Aktivitäten mit anderen verbinden oder eben von diesen trennen. Als Kategorie der Analyse dient Identität wiederum meist zur Beschreibung der äußerlichen Gemeinsamkeiten von Gruppen. So sehr Identität eine Selbstzuschreibung ist, so sehr ist sie auch eine Fremdzuschreibung. Die Fremdzuschreibung muss sich nicht immer mit der Selbstzuschreibung decken, denn bei der Fremdzuschreibung treten vor allem sichtbare, von außen leichter erfassbare ethnische (sprachliche), nationale und religiöse Elemente als Marker für Identität in den Vordergrund, wohingegen Selbstzuschreibungen sich meist auf differenziertere Marker wie regionale oder soziale Herkunft, Bildung, Lebenssituation, Lebensstil, Milieu etc. beziehen. Identitäten sind nie eindeutig, vielmehr sind sie fließend, fragmentiert, multidimensional und überlappend. Demnach müssen Identitäten vor allem als soziale Konstrukte und nicht als angeborene Eigenschaften verstanden werden. Die meisten Menschen haben mehrere sich überlappende Identitäten; wie z.B. weiße Frau, Europäerin, Österreicherin, Wienerin, Wienerin mit Wurzeln im Burgenland, Katholikin, Maturantin, bürgerliches Umfeld, Mutter, junge Mutter etc.

Obwohl Identitäten vielschichtig und komplex sind und die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Gruppen bedingen, nehmen Menschen oft die unterschiedlichen Gruppen, zu denen sie gehören, so wahr, als ob sie immer dieselben Menschen beinhalten würden. Brewer und Pierce (2005, 430) bringen das Beispiel der Gruppe von KatholikInnen und ItalienerInnen. Obwohl sich diese beiden Identitätsgruppen oft überlappen, sind nicht automatisch alle Menschen gleichzeitig Teil beider Gruppen. Viele ItalienerInnen sind keine KatholikInnen und viele KatholikInnen sind keine ItalienerInnen. Dasselbe gilt auch für TürkInnen, die in der Selbst- und Fremdzuschreibung als MuslimInnen wahrgenommen werden, bzw. für SerbInnen als orthodox/Orthodoxe. Personen, deren Glaubensbekenntnis sich von der Mehrheit unterscheidet, werden dann in Folge oft als nicht "wahre" oder „typische“ ItalienerInnen, TürkInnen oder SerbInnen erachtet. Damit bilden sich *In-Gruppen*, deren subjektive Grenzen so gezogen werden, dass sie nur jene Personen einschließen, auf die beide Identitätsmerkmale zutreffen (Brewer and Pierce 2005, 430). Politische AkteurInnen entwickeln Narrative, die einerseits diese Identitätskriterien betonen und andererseits diese den „Anderen“ als Gruppe gegenüberstellen (Brubaker & Cooper 2000, 4-5). Die Gesellschaft wird folglich als in zwei Gruppen geteilt erachtet: Wir und die Anderen, die Inkludierten oder die Exkludierten. Diese Perspektive stellt eine Simplifizierung der Realität dar (Laclau & Mouffe 1985).

Die Social Identity Theory (SIT) (Turner et al. 1987) geht davon aus, dass das subjektive Gefühl der Gruppen-

zugehörigkeit eine wesentliche Rolle für das politische Engagement spielt. Laut SIT ist politisches Engagement vor allem von der Motivation geleitet, das Ansehen und den Status der eigenen Gruppe (Partei/ Bewegung) zu stärken oder zu bewahren. Diese Stärkung des Ansehens führt zu einer positiven Unterscheidung der eigenen Identität gegenüber jener von den Anderen und somit zu einer positiven sozialen Identität (Turner et al. 1987, 42). Die Stärkung des Gruppenstatus führt auch zu einem Statusgewinn der politischen AkteurInnen.

Eine der wichtigsten und messbarsten politischen Identitäten ist die Parteizugehörigkeit (*partisanship*). Mit Parteizugehörigkeit ist nicht nur die Mitgliedschaft zu einer Partei gemeint, sondern vielmehr bezeichnet der Begriff auch jene Personen, die als AnhängerInnen bzw. treue WählerInnen einer Partei zu werten sind. Lauka (2018, 107) hält fest, dass die Identifikation mit einer politischen Partei auch eine soziale Dimension hat, weil die ParteianhängerInnen gegenüber dem gegnerischen Lager Charakteristika von *In-* und *Out-Group* Verhalten annehmen. Sie sind gegenüber dem eigenen Lager loyal und dem gegnerischen Lager gegenüber feindlich eingestellt. Politischer Wettbewerb fördert somit die Profilierung und damit die Stärkung der Gruppenidentitäten (Tajfel and Turner 1979). Laut der SIT spielen vor allem kognitiv repräsentierte Prototypen – Menschen, die eine Gruppenidentität bzw. Gruppenstereotypen verkörpern - eine zentrale Rolle für die Identifikation des/der Einzelnen. Die Ähnlichkeit bzw. Übereinstimmung mit den Eigenschaften des Prototyps definieren wie weit Personen ihr eigenes Profil als zu der Gruppe passend oder nicht passend betrachten. Huddy & Bankert (2017, 5/6) sehen Parteianhängerschaft als das Ergebnis eines kognitiven Abgleichungsprozesses, in dem Menschen das Selbstbild mit den Personen, die mit bestimmten politischen Parteien assoziiert werden, vergleichen. Huddy&Bankert (2017) erwähnen, als in Beispiel für eine hohe Konvergenz zwischen sozialer und politischer Identität unter marginalisierten Gruppen, eine immer stärkere Überschneidung zwischen einer schwarzen afro-amerikanischen Identität und der Loyalität zur Demokratischen Partei in den USA.

Dadurch wird die Dominanz von manchen Parteien und Bewegungen in bestimmten sozialen Gruppen weiter verstärkt. So konnte sich z.B. die türkische Regierungspartei AKP in einigen sozialen Gruppen (konservative SunnitInnen oder ArbeitsmigrantInnen) erfolgreich als die einzig legitime Vertreterin ihrer Interessen festschreiben. Mason (2016) konstatiert in diesem Zusammenhang den Prozess des "social sorting" (soziale Sortierung). Durch eine wachsende Konvergenz zwischen sozialer und parteipolitischer Identität kommt es in der USA dazu, dass die Republikanische Partei als Vertreterin einer weißen, konservativen Identität immer konservativer und die Demokratische Partei als die Vertreterin von Minderheitenidentitäten immer liberaler wurde.

Expressive ParteigängerInnen tendieren dazu Informationen, Entwicklungen und im weitesten Sinne die

Welt einseitig (parteiisch) wahrzunehmen. Meist werten sie in Debatten mit anderen, der Parteilinie entgegenstehende Argumente ab und orientieren sich an Informationen, die ihre eigenen Ansichten bestätigen. Dieser Prozess führt dazu, dass sich stabile Haltungen und politische Überzeugungen durchsetzen (Huddy & Bankert 2017).

Die starke Identifikation mit einer Partei wird durch politische Polarisierung verstärkt. In einem als feindselig empfundenen Umfeld, identifizieren sich einzelne AnhängerInnen noch stärker mit der eigenen Bewegung. Soziale Polarisierung beeinflusst politische Interaktionen und das Verständnis der politischen Welt, aber auch die Vehemenz, mit der eine Person emotional auf politische Ereignisse reagiert (Mason 2014, 141).

Die Türkei und Serbien sind durch ein hohes Maß an politischer Polarisierung zwischen den immer autoritärer regierenden Regierungsparteien AKP (Türkei) bzw. SNS (Serbien) und der Opposition geprägt. Polarisierung beginnt dann, wenn einst marginalisierte Segmente der Gesellschaft sich politisch vereinen und für die Erzielung sozialer, ökonomischer, kulturell-ideologischer und institutioneller Ziele mobilisiert werden können. Dies wiederum passiert laut McCoy et al. (2018) dann, wenn politische Entrepreneurs erfolgreich Brüche in der Gesellschaft aufzeigen bzw. bearbeiten und es gleichzeitig schaffen, die einzelnen marginalisierten Gruppen und deren Unterschiede über die Thematisierung eines dominanten gesellschaftlichen Bruchs zu überwinden (ebda.). Die Polarisierung hilft somit populistischen Parteien unterschiedliche Gruppen anzusprechen und diese durch die Mobilisierung gegen einen gemeinsamen Feind unter einer gemeinsamen Identität zu vereinen. Die in Gegnerschaft zu den Anderen konstruierte soziale bzw. politische Identität vermag es dann oft unterschiedliche, ja sogar widersprüchliche Merkmale wie z.B. Opfertum und Heldenhaftigkeit zu verbinden.

Im Falle der Türkei und Serbiens, schafften es die beiden Führungsfiguren, Tayyip Erdoğan und Aleksandr Vučić, und die von ihnen geleiteten Regierungsparteien, verschiedene, einst marginalisierte Segmente der Gesellschaft durch einen moralisierenden „Common Sense“ Diskurs zu einen. In diesem einigenden und homogenisierenden Diskurs werden SympathisantInnen einerseits als Opfer (der Eliten, des Westens und seiner Interessen) dargestellt und andererseits aufgrund ihrer Anhängerschaft zu den Regierungsparteien als „gute“ und „echte“ SerbInnen bzw. TürklInnen gepriesen.

MigrantInnen in Europa spielen dabei eine bedeutende politische und symbolische Rolle. ArbeitsmigrantInnen repräsentieren jene soziale Identität, auf die sich die beiden Regierungsparteien beziehen. Beide Parteien präsentieren sich als die VertreterInnen und FürsprecherInnen der Fleißigen und Entrechteten. Die Mitgliedschaft bzw. Anhängerschaft zur Partei bietet dadurch vielen MigrantInnen, die sich von den Einwanderungsgesellschaften ausgeschlossen und marginalisiert fühlen, einen Identitätsanker. Während für MigrantInnen die Anhängerschaft zur den mächtigen Regierungsparteien die Möglichkeit bietet die eigene

Gruppenidentifikation und den Gruppenstatus zu erhöhen, erlaubt es der AKP und SNS über die nationalen Grenzen hinweg Politik zu gestalten und WählerInnen zu rekrutieren. Letztlich spielen MigrantInnen eine wesentliche Rolle im ökonomischen und sozialen Sinne, da sie durch Auslandsüberweisungen und Zuwendungen an die Familie und Verwandtschaft die wirtschaftlichen und sozialen Systeme im Herkunftsland zum Teil entscheidend stützen.

Im Zusammenhang mit politischer und gesellschaftlicher Polarisierung und der Ausprägung von antagonistischen, sich feindlich gegenüberstehenden Gruppenidentitäten von MigrantInnen, wird immer wieder die Frage des Konfliktimports diskutiert. Die Frage erlangte 2020 in Folge der Ereignisse in Wien Favoriten, wo türkische NationalistInnen und kurdische AktivistInnen gewaltsam aufeinandertrafen, an Brisanz. Allerdings ist festzuhalten, dass Konflikte unter migrantischen Gruppen nicht ausschließlich auf die Hintergründe in den Herkunftsländern reduziert werden können. Vielmehr gewinnen Konflikte durch transnationale Erfahrungen eine neue Dimension. Sie verändern sich.

Das Forschungsinteresse an Konflikten unter MigrantInnen entstand in Deutschland in den 1990er Jahren. Der Grund dafür waren die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und die Eskalation des Konflikts zwischen der PKK und dem türkischen Staat bzw. türkischen Nationalisten. Beide Konflikte lösten Proteste und gewaltsame Konfrontationen zwischen den UnterstützerInnen der unterschiedlichen Konfliktparteien in mehreren deutschen Städten aus (Hanrath 2012, 24).

Verstanden die ersten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen Konflikte unter Geflüchteten und MigrantInnen zunächst als die unmittelbare Fortsetzung der Konflikte in den Herkunftsländern (sogenannte Kernkonflikte), so reflektieren aktuelle Arbeiten in ihrer Konfliktanalyse/ ihrem Konfliktverständnis Faktoren wie Diskriminierungserfahrungen und sozio-ökonomische Ungleichheit im Aufnahmeland sowie Identitätsveränderungen im Zuge der Migration.

Röing (2019) spricht in diesem Zusammenhang von der Ethnisierung bzw. Re-Ethnisierung von politischen Konflikten. Ethnisierung meint, dass es bei (ethnischen, politischen oder religiös-motivierten) Konflikten im Herkunftsland unter MigrantInnen zu einer stärkeren Identifizierung mit der eigenen involvierten Gruppe kommt. Konflikte stärken also meist auch die ethnische Gruppenidentität unter MigrantInnen. Heitmeyer (1996), Heitmeyer/Karakasoglu-Aydin (1997) und Heitmeyer et al. (1997) halten fest, dass Konflikte und die damit verbundene Re-Ethnisierung sogar ein durch die Migration entstandenes Identitätsvakuum füllen.

Viele Studien vernachlässigen den Einfluss von Erfahrungen im Einwanderungsland auf die Art und Weise wie Konflikte im Herkunftsland erfahren und gelebt werden. Der Ansatz des Konfliktimportes, der in Politik

und Öffentlichkeit weitverbreitet ist (Röing 2019, 11), fokussiert lediglich auf Einflussfaktoren aus dem Herkunftskontext und blendet die transnationale Dimension migrantischen Lebens vollständig aus.

Mit der Wende in der Migrationsforschung hin zum Transnationalismus (Etzold 2017, 45), wird vor allem von Konflikttransport (Féron 2017) gesprochen. Der Begriff des Konflikttransports unterstreicht die Veränderung von Konflikten. Konflikte werden um die transnationalen Erfahrungen erweitert und verändert. Neben der Auseinandersetzung mit dominanten Mediendiskursen im Einwanderungsland und deren Gegenüberstellung mit Debatten im Herkunftsland spielen migrantische Medien und MigrantInnenorganisationen eine wichtige Rolle für den Konflikttransport.

a) Die transnationale Dimension politischer Identitäten

Die Untersuchung politischer Identitäten und der Hintergründe bzw. Motivationen für politisches Engagement unter MigrantInnen kann sich nicht ausschließlich auf das Einwanderungsland oder das Herkunftsland beschränken, sondern muss vielmehr die transnationale Dimension bzw. die transnationalen Räume in die Beobachtung einschließen.

Die klassische Migrationsforschung ging stets davon aus, dass eine erfolgreiche Migration in der Integration im Einwanderungsland mündet. Aus dieser Perspektive wird die räumliche Mobilität von MigrantInnen als einmaliger und unidirektionaler Wechsel von einem Nationalstaat in einen anderen verstanden. Die Integration kann dann in Assimilation enden, in einer völligen, auch emotionalen Angleichung der MigrantInnen an die Kultur des Aufnahmelandes, mit der notwendigerweise ein Verlust von vormals existierenden ethnischen und nationalen Identifikationen und Herkunftsbezügen einhergeht. Die neue emotionale Zugehörigkeit prägt demnach die Identität (vgl. Esser 2001, 22).

Während sich die Migrationsforschung also lange Zeit vor allem mit der Frage der Adaptierung von EinwandererInnen an die neuen Gesellschaften und deren Strukturen auseinandersetzte, gewann in den letzten Jahrzehnten eine transnationale Perspektive an Bedeutung. Diese erkennt zwar die Rahmenbedingungen, die durch nationalstaatliche Strukturen geschaffen werden an, berücksichtigt aber auch gesellschaftliche, persönliche, ökonomische, kulturelle und nicht zuletzt auch politische Beziehungen, die Menschen über nationalstaatliche Grenzen hinweg pflegen und aufrechterhalten (Vertovec 2001).

Ein transnationaler Blick auf die Konstruktion einer Identität berücksichtigt zwangsläufig vielfältige grenzüberschreitende Phänomene. Demnach agieren MigrantInnen in Abhängigkeit von unterschiedlichen Fak-

toren wie Bildung, sozialer Status, Familienstatus, Beruf, etc. jenseits einer eindeutigen nationalen Zuordnung. Diese Interaktionen bilden vielfältige und hybride Identitäten heraus. Andere Studien zeigen, dass es in den meisten Fällen keine einheitliche und für alle verbindliche Form der ethnischen Identität gibt, sondern dass die Ausprägungen der Identitäten vor dem Hintergrund von „persönlicher Immigrationsgeschichte, sozialem Werdegang und politischer Praxis“ (Schneider 1996, 308) erfolgen. Nicht nur die Identitätsselbstzuschreibungen entlang von Nation, Ethnie und Kultur sind von Bedeutung, sondern es kommt auch zu Selbstzuschreibungen jenseits dieser fixen Kategorien. Persönliche Erfahrungen und Sozialkontakte bilden einen entscheidenden Referenzrahmen für transnationale Identitätskonstruktionen (vgl. Gerdes et al. 2012, 143). Migrationsprozesse sind nicht mit sozialen Entwurzlungen gleichzusetzen. Vielmehr entwickeln MigrantInnen dynamische und multiple transnationale und multilokale Bezüge. Indem sie ihr Leben über Grenzen hinweg gestalten, sehen sich TransmigrantInnen mit den Nationsbildungsprozessen von zwei oder mehr Nationalstaaten konfrontiert und sind in diese involviert. Ihre Identitäten und Praktiken werden durch hegemoniale Kategorien wie „Rasse“ und Ethnizität konfiguriert, die tief in die Nationsbildungsprozesse dieser Nationalstaaten eingebettet sind (Basch et al. 1994, 22).

Es geht hier um eine kritische Abgrenzung zu drei problematischen Prämissen der sozialwissenschaftlichen Integrationstheorien, die aus einer transnationalen Perspektive auf grundlegende Kritik stoßen. Erstens gehen sie von einem mehr oder weniger linearen Prozess der Eingliederung bzw. politischen Inklusion aus, der in mehreren Stufen zur mehr oder weniger vollständigen (und stillschweigend) erwünschten Angleichung an die (nicht näher definierte) Mehrheitsgesellschaft führt (Pries 2003, 31) – eine Prämisse, der eine ganze Reihe von empirischen Beobachtungen entgegenstehen (siehe z.B. Halter 2000; Latcheva und Herzog-Punzenberger 2011). Mit einer linearen Annahme verknüpft ist, zweitens, die Fokussierung auf das Einwanderungsland als der zentrale und alles bestimmende Bezugspunkt, sowohl geografisch als auch sozialräumlich und politisch (Pries 2003, 31). Diese Fokussierung ist nicht zuletzt der irreführenden Annahme geschuldet, wonach sich MigrantInnen dauerhaft und ausschließlich am Ankunftsland orientieren. Dies widerspricht der transnational geprägten Realität der Zugewanderten.

Drittens folgen die gängigen Inklusions- und Integrationsmodelle, sehr stark gerade in Österreich, einer „Entweder-Oder“-Logik, wonach den MigrantInnen eine Entscheidung abverlangt wird, ob sie sich für eine Identifikation für das Ankunftsland oder aber für eine Identifikation mit dem Herkunftsland entscheiden. In dieser Betrachtungsweise werden die Mehrfachzugehörigkeiten, multiple Verortungsprozesse und hybride Identitäten vernachlässigt, die eigentlich in den migrantischen Communities eher der Realität entsprechen. Transnationale Perspektiven werfen also ein anderes Licht auf politische Integrationsprozesse, indem sie die Vorstellung eines dichotomen „Entweder-Oder“ für obsolet erklären. Integration wird nicht mehr länger

danach beurteilt, ob eine Identifikation mit dem Herkunftsland *oder* eine Identifikation mit dem Aufnahme-land vorliegt, vielmehr wird der empirischen Beobachtung Rechnung getragen, dass beides nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich ist: sich als MigrantIn sowohl dem Herkunftsland bzw. dem Herkunftsland der Eltern als auch dem Land, in dem man lebt, zugehörig zu fühlen. Es erkennt die hybriden und vielfältigen Identitäten von MigrantInnen und auch deren Nachkommen an. Die Emotion des „Belongings“ ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung und eine Voraussetzung für politisches Engagement.

Wenn Migration als ein transnationales Phänomen bzw. eine transnationale Erfahrung betrachtet wird, agieren MigrantInnen und deren Nachkommen zwangsläufig in transnationalen Räumen. Transnationale Beziehungen sind meist vielschichtig. Sie umfassen eine ökonomische, kulturelle, gesellschaftliche, religiöse und auch eine politische Dimension. Allerdings sollten Interaktionen in diesen Räumen nicht eindimensional verstanden werden. Vielmehr erlauben sie den Einsatz von Knowhow-Transfer in beide oder sogar mehrere Richtungen und bedingen dadurch eine Erweiterung bzw. Befruchtung und sie bringen neue und vielfältige Formen der Vernetzung mit sich. Dies betrifft in großem Maße politische Identitäten und politisches Engagement, was immer wieder auch scheinbar widersprüchliche Positionen hervorbringt. Sabine Strasser unterscheidet hier zwischen politischen Identitäten und politischen Strategien, die sich MigrantInnen zwangsläufig mit Hinblick auf die politische Teilhabe im Einwanderungsland aneignen müssen (Strasser Interview Mai 2021). Dies führt oft zu scheinbar widersprüchlichen Positionierungen und dazu, dass MigrantInnen bei verschiedenen, ideologisch sehr unterschiedlich gelagerten politischen Bewegungen/Parteien andocken bzw. engagieren können. Diese Strategien sind oft notwendig um als MigrantIn überhaupt politisch von den österreichischen politischen Parteien wahrgenommen zu werden (Ebda.).

MigrantInnengruppen sind heterogen und hierarchisiert. Gruppen sind nicht entweder inkludiert oder exkludiert: Es ist ein Sowohl-als-auch. Ein- und Ausschlüsse finden parallel und ungleichzeitig statt. Während bestimmte Gruppen in manchen gesellschaftlichen Subfeldern partizipieren können, sind sie von anderen Bereichen ausgeschlossen (Ataç/ Rosenberger 2013: 38). Einige MigrantInnengruppen sind durch mehrfache Exklusionsprozesse gekennzeichnet und daher marginalisiert. Dies führt in weiterer Folge dazu, dass der Zugang zur politischen Arena aufgrund der strukturell ungleichen Gegebenheiten selektiv ist und daher eng mit Fragen der Ressourcenverfügbarkeit verbunden ist (Meyer & Peintinger 2013, 180). Marginalisierte Gruppen haben oftmals einen schlechteren Zugang zu Ressourcen und in weiterer Folge zu politischen und gesellschaftlichen Arenen, in denen Themen der politischen, gesellschaftlichen und sozialen Beteiligung von MigrantInnen diskutiert werden. Dies wurde während der Covid-19 Pandemie besonders deutlich.

b) Die post-migrantische Perspektive

In den letzten Jahren nahmen immer öfters post-migrantische Perspektiven Eingang in die Debatten. Post-migrantische Debatten bezogen sich ursprünglich vor allem auf die unterschiedlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen von MigrantInnen der ersten und der zweiten bzw. dritten Generation (Foroutan 2019, 46). Heute beschäftigt sich der Begriff des Post-migrantischen vor allem kritisch mit der Bedeutung der Migration als Phänomen innerhalb der Gesellschaft. Er beleuchtet unter anderem die Ambivalenzen des MigrantIn-Seins (Foroutan 2018, 22) zwischen der Anerkennung und Dekonstruktion, also dem Wunsch, dass Gesellschaft nicht mehr länger an der Kategorie der Migration und Integration vermessen wird (vgl. Hark 2011, 381). Analog zur Kategorie *Geschlecht* entsteht die Problematik, dass Kategorien der Migration, der ethnischen Zugehörigkeit und *race* ständig (re-)produziert werden, indem darüber gesprochen wird, während eigentlich versucht wird sie zu überwinden. Foroutan bezieht sich in ihrem Interview mit der Berliner Zeitung zwar auf Deutschland, beschreibt jedoch sehr klar, dass sich Identität nicht mehr in binären Codes wie MigrantIn/ Nicht-MigrantIn denken lässt. "Migration kann nicht mehr die Trennlinien sein, wenn sie fast jeden betrifft (...)." (Berliner Zeitung 2014) Die Binarität zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen, das Hinweisen auf die je spezifische Betroffenheit und auf Ungleichheiten, das Fordern nach Repräsentation, Quotenregelung und Antidiskriminierungsgesetzen, steht im Widerspruch zu dem Wunsch nach der Auflösung der Kategorien und dieser der Gesellschaft inhärenten Binarität (Foroutan 2018, 22; Hark 2011, 381).

Die post-migrantische Perspektive betrachtet die Gesellschaft als eine Gesellschaft nach Migration, in der es darum geht, die damit einhergehenden Konfliktlinie, Identitätsprozesse und soziale wie politische Transformationsprozesse anzuerkennen und analysierbar zu machen. Es geht nicht mehr darum, dass Migration stattfindet, sondern um die Debatte rund um Privilegien und Gleichberechtigung, die entlang der Kategorie MigrantIn/ Nicht-MigrantIn vermessen und verteilt werden (Berliner Zeitung 2014). Im Zentrum der Debatten steht der Grundsatz der Gleichheit, – „unabhängig von sexueller Orientierung, Geschlecht, Alter, Religion, Hautfarbe oder Herkunft“ (Foroutan 2018, 20).

Migration und MigrantInnen werden oft a priori als Problem betrachtet. Die Versicherheitlichung und Problematisierung von Migration und MigrantInnen führt nahezu automatisch zur Frage nach der Loyalität von MigrantInnen. MigrantInnen werden unterteilt in jene, die sich „gut integrieren“ bzw. „assimilieren“ lassen bzw. jene, die als „resistent“ gelten und sich nicht „verändern“ bzw. „anpassen“ lassen und die auch nicht zu „belehren“ sind. Diese Fragen bekamen während der Pandemie eine neue Relevanz. Die Verweise auf das „Einschleppen des Virus“ durch MigrantInnen aus dem Balkan oder der Türkei, die offensichtlich unachtsamer, weil ungebildeter als die Mehrheitsgesellschaft angenommen und so dargestellt wurden, sind ein eindeutiges Beispiel dafür, wie im politischen Diskurs auf binäre Kategorien zurückgegriffen wird. Ähnliche

Erzählungen, die die Schuld für die Mängel in der Pandemiebekämpfung auf MigrantInnen verlagert, sind jene um ImpfverweigerInnen, die angeblich unter MigrantInnen besonders hoch sein sollen. Dies ist weder durch Zahlen noch andere Daten belegt.

Formen transnationalen politischen Engagements

Somit kann zusammengefasst werden, dass politische Teilhabe einerseits durch rechtliche und politische Rahmenbedingungen begrenzt ist und andererseits durch transnationale Räume, hybride Identitäten, vielschichtige Verflechtungen und unterschiedliche Debatten geprägt ist.

Die Abstufung transnationalen politischen Engagements reicht vom passiven Verfolgen bzw. dem Kommentieren und Teilen von Nachrichten auf sozialen Kanälen bis zur Mitgliedschaft in politischen Parteien und zur Kandidatur um ein politisches Amt. Weniger formell, aber nicht minder wichtig sind der Transfer oder die Verbreitung von politischen Ideen und Normen, beispielsweise über Publikationen oder Medien (Lima 2010).

Wir unterscheiden grob zwischen zwei unterschiedlichen Formen des transnationalen politischen Engagements unter Türkei- und Serbien-stämmigen MigrantInnen.

a) (Trans)-nationales politisches Engagement im Rahmen von politischen Organisationen mit Fokus auf das Herkunftsland

In dieser Form des politischen Engagements nutzen Personen die transnationalen Erfahrungen, Verbindungen und Ressourcen für ein politisches Engagement mit Hinblick auf das Herkunftsland. In den meisten Fällen eines transnationalen politischen Engagements mit Fokus auf das Herkunftsland besteht eine hohe Konvergenz zwischen sozialer und politischer Identität. Dies fördert eine starke Herausbildung von Prototypen, die die In-Group Identitäten definieren und weiter verstärken. Aus Sicht der politischen Bewegungen, Parteien und Regierungen in den Herkunftsländern sind diese AkteurInnen gerade aufgrund dessen, dass sie MigrantInnen sind und über zusätzliche Ressourcen verfügen, interessant.

Als eines der prominenten Beispiele für (trans)-nationales politisches Engagement mit Fokus auf das Herkunftsland kann die türkisch-islamisch-konservative *Milli Görüş* Bewegung genannt werden. *Milli Görüş* wurde unter türkischen GastarbeiterInnen aus einem konservativ provinziellen Umfeld Ende der 1960er Jahre in Deutschland gegründet. Die Bewegung wuchs durch Spenden und ein Vereinsnetzwerk relativ

schnell zu einer der wichtigsten politischen Bewegungen unter Türkei-stämmigen ArbeitsmigrantInnen an. Die Bewegung konnte dann mit tatkräftiger Unterstützung von AnhängerInnen in Deutschland und Österreich auch in der Türkei fußfassen. 1969 wurde die *Milli Nizam Partisi* (MNP) (Die Partei der Nationalen Ordnung) als politisches Organ der *Milli Görüş* Bewegung in der Türkei gegründet. Die Partei konnte vor allem KleinhändlerInnen, KleinproduzentInnen und BinnenmigrantInnen, die aus dem ländlichen in den städtischen Raum zugewandert sind, ansprechen. Auf die MNP folgten später die *Milli Selamet Partisi*, danach die *Refah Partisi*, die *Fazilet Partisi* und schließlich die *Saadet Partisi*. Auch die AKP ging aus dieser Bewegung, in Folge einer Abspaltung, hervor.

Als neueres Beispiel gilt die UETD (die Union Europäisch-Türkischer Demokraten). Die Organisation gilt als eine Vorfeldorganisation der türkischen Regierungspartei AKP. Allerdings agiert die UETD in einem transnationalen Raum. Einerseits eröffnen die transnationalen Erfahrungen und Ressourcen Zugang zu hochrangigen Partei- und Regierungsmitgliedern in der Türkei, von denen sie als ExpertInnen für Migration bzw. die Einwanderungsländer betrachtet werden. Andererseits ermöglicht das politische Engagement für die türkische Regierungspartei einen Statusgewinn in Österreich. Die transnationalen politischen AktivistInnen werden von Medien interviewt und in Fernsehsendungen geladen, wo sie als ExpertInnen für die türkische Regierungspartei, die Türkei bzw. den Umgang mit Migration in Österreich agieren.

Eine ähnliche Form des transnationalen Engagements findet man auch mit Fokus auf Serbien. Die ÖSG (Österreichisch-Serbische Gesellschaft), die bereits 1936 als Österreichisch-Jugoslawische Gesellschaft gegründet und später in ÖSG umbenannt wurde (Mišić 2015, 36), fungiert als ein Bindeglied zur serbischen Regierung. Die ÖSG sieht sich selbst zwar unpolitisch, dient aber als eine Art Interessensvertretung, die in den letzten Jahren auch direkt von Präsident Aleksandar Vučić gefördert wurde. Personen, die sich in der ÖSG engagieren, bringen transnationales Wissen und Ressourcen ein, indem sie die serbische Regierung in den Verhandlungen für einen EU-Beitritt beraten, bzw. sogar Teil des Verhandlungsteams waren (Mišić 2015, 36).

Politisches Engagement mit Fokus auf das Herkunftsland wird von Portes & Rumbaut (1990) als „reaktiv“ bezeichnet. Die Autoren sehen ein Engagement mit Fokus auf das Herkunftsland als Reaktion auf Schwierigkeiten mit der Integration im Einwanderungsland und dem Gefühl nicht akzeptiert zu sein (Portes/Rumbaut 1990). Insbesondere bei Personen, bei denen soziale und politische Identitäten mit dominanten Identitätskonstruktionen im Herkunftsland stark überlappen, ist oft das Gefühl der Akzeptanz durch die Aufnahmegesellschaft gering. Solche Konvergenzen wirken quer durch Generationen und soziale Lebenswelten. Dies stärkt den Gruppenzusammenhalt in der Diaspora und das Bedürfnis nach einer Bindung zu den politi-

schen Einflusszentren im Herkunftsland. Die serbische SNS sowie auch die türkische AKP haben immer wieder gezielt diese Emotionen angesprochen und für die eigenen politischen Interessen mobilisiert.

Auf der anderen Seite wird in der neueren Literatur politisches Engagement als Ausdruck mehrfacher Eingliederungen gesehen (Lacroix 2014). Das heißt, dass auch MigrantInnen, die sich vor allem mit Fokus auf das Herkunftsland engagieren, durch transnationale Erfahrungen geprägt und beeinflusst sind.

Transnationales politisches Engagement mit Fokus auf das Herkunftsland bezieht sich aber nicht nur auf die Regierungsparteien, sondern auch auf die Opposition. Ein interessantes Beispiel hierfür sind die „1von5-Millionen“ Proteste in Wien. Diese, vor allem von jüngeren Menschen organisierten Proteste, knüpften an die Massendemonstrationen in Serbien im Jahr 2019 bzw. auch im Verlauf der Covid-19-Pandemie an. Diese richteten sich gegen den wachsenden Autoritarismus in Serbien. Interessant ist hier, dass diese Form der politischen Organisation und der Positionierung im öffentlichen Raum gegen Aleksandar Vučić und sein Regime negative Reaktionen unter manchen serbischen MigrantInnen hervorrief. So kritisierten Mitglieder der ÖSG ein solches Engagement gegen das eigene Land, das laut ihnen dem Image Serbiens schade. Hier verbindet sich auf sichtbare Weise die politische Polarisierung aus dem Herkunftsland mit dem im Land selbst vorhandenen starken moralisierenden Diskurs über das „echte“ und „wahre“ Volk bzw. die „Abtrünnigen der Nation.“ Ein ähnliches Beispiel stellen die Gezi-Proteste in Wien im Jahr 2013 dar, wo ebenfalls eine Gruppe junger, meist Studierender, sich mit den Gezi-Protesten in der Türkei solidarisierten.

b) (Trans)- nationales Engagement mit Fokus auf die Einwanderungsgesellschaft

Transnationales politisches Engagement kann sich auch auf Debatten, Strukturen und Probleme im Einwanderungsland beziehen. Dabei werden vor allem die transnationalen Erfahrungen sowie das Wissen über das Herkunftsland und die migrantische Gesellschaft zu einer Ressource für Aktivismus im Einwanderungsland. Politisches Engagement von MigrantInnen mit Fokus auf die Einwanderungsgesellschaft baut meist einerseits auf einer explizit migrantischen Identität und dem damit in Verbindung gebrachten Wissen auf.

In den letzten Jahren ist in Folge der intensiven öffentlichen „Integrationsdebatten“ ein „Marktraum“ (market space) für migrantische AkteurInnen und Organisationen entstanden. Auch wenn immer mehr einzelne MigrantInnen in politischen Parteien vertreten sind, so erfolgen die meisten „integrationspezifischen“ Aktivitäten außerhalb der etablierten Parteistrukturen. In diesem „Marktraum“ der „Integration“ können migrantische AktivistInnen und Organisationen ihr transnationales Wissen und die Erfahrungen einbringen. Allerdings sind sie kaum in formale Entscheidungsmechanismen eingebunden. Sie wirken entweder beratend

mit oder spielen bei der Implementierung von Maßnahmen und Politiken eine Rolle. Viele migrantische Organisationen sind zudem in einem hohen Maße von Förderungen und der Teilnahme an durch die öffentliche Hand finanzierten Programmen abhängig.

Andere Beispiele transnationalen Engagements mit Fokus auf Wien stellen die sogenannten politischen Entrepreneurs dar. Politische Entrepreneurs sind in diesem Zusammenhang Personen, die sich politisch betätigen, dies aber gleichzeitig die Lebensgrundlage darstellt. MigrantInnen haben oft Schwierigkeiten, an politischen Strukturen teilhaben zu können. „Als MigrantIn muss man viel tun, um politisch wahrgenommen zu werden“ (Sabine Strasser, Interview Mai 2021). Da die transnationalen Ressourcen und das Knowhow oft auch von politischen Parteien in Österreich nicht ausreichend wertgeschätzt werden, sehen sich viele AktivistInnen gezwungen, als politische Entrepreneurs aktiv zu werden. Das heißt sie suchen sich Betätigungsfelder in politischen Parteien wo sie ihr Knowhow einbringen können. Parteien dienen dabei als eine Plattform und weniger als ideologische Quelle. Wenn notwendig können sie auch die Partei wechseln, bzw. können sie eigene Listen, Plattformen oder Parteien gründen. Im Zentrum des Interesses steht der Aktivismus für die migrantische Gesellschaft.

Politische Entrepreneurs können oftmals politische Strategien und Konzepte entwickeln, die die von den ursprünglichen ideologischen Grundlagen bzw. sozialen Identitäten abweichen. Als Beispiel hierfür dienen die Liste *Gemeinsam für Wien* (GFW), die bei den Gemeinderatswahlen 2015 antrat oder Soziales Österreich der Zukunft (SÖZ). GFW wurde von konservativen sunnitischen TürKInnen initiiert. Die Liste fand dann die Unterstützung von mehreren Moscheevereinen, konnte aber auch *people of colour* ansprechen (Interview mit Aktivist März 2021). Das verbindende Element zwischen den einzelnen Gruppen stellte die gemeinsame Erfahrung der Ausgrenzung durch österreichische Institutionen und Parteien dar (ebd.). Ähnlich verhält es sich mit SÖZ. Die Partei wurde durch den ehemaligen Vizevorsitzenden der UETD zusammen mit Martha Pißmann, einer ehemaligen Abgeordneten der „Liste Piz“ gegründet. Die Partei positionierte sich als übergreifende MigrantInnen-Partei. Das SÖZ stellt somit einen Übergang zu einer weiteren Kategorie; dem post-migrantischen Engagement dar. Post-migrantisches politisches Engagement strebt vor allem nach der Überwindung der Binarität und der ständigen Problematisierung von Migration. Zu post-migrantischen AkteurInnen zählen neben dem Versuch wie das SÖZ eine gemeinsame Plattform zu bilden (allerdings gibt es hier viel Kritik, dass die Initiatoren post-migrantische Ansätze als einen Vorwand nutzen), einzelne AktivistInnen, die sich über soziale Medien betätigen, aber auch neue Formen von migrantischen Organisationen. Als post-migrantisch ist wohl auch die Muslimische Jugend zu sehen. Diese Organisation setzt sich für die Anliegen von jungen MuslimInnen ein, sieht aber Islam und MuslimInnen als Teil der österreichischen Gesamtgesellschaft. Jeglicher Selbstbezug auf migrantische Hintergründe der Beteiligten fehlt. Gemeinsam

ist all diesen unterschiedlichen Initiativen, dass Fragen der Inklusion und der Identität hinterfragt und thematisiert werden. Das politische Engagement richtet sich auf Österreich und Wien. Ziel ist die Schaffung einer diversen und inklusiven Gesellschaft. Aus der post-migrantischen Perspektive gilt es die allgegenwärtigen Dualismen von *Zugezogen* und *Dagewesen* aufzubrechen, gemeinsame Lösungen zu finden und Unterschiede dadurch obsolet zu machen. Die Möglichkeit der politischen Teilhabe wird nicht als ein „Geschenk“ oder eine gute Geste der Autoritäten des Einwanderungslandes gesehen, sondern wird als eine Selbstverständlichkeit wahrgenommen. Transnational geprägte Identitäten und Vernetzungen gehören hier zum gesellschaftlichen Alltag genauso wie die transnationalen Formen des politischen Engagements im breiten Sinne als selbstverständlich angesehen werden. „*Mehrfachzugehörigkeiten und bewegte Biografien*“ prägen post-migrantische Identitäten (Yildiz 2015, 21).

AktivistInnen wie Dino Sose, Melisa Erkurt, Dragomir Janjic sehen Bilingualität und Bi- oder Multi-kulturalität und auch Multilokalität als alltäglich, und als eine Ressource für politisches Engagement. Die politische Identität von transnationalen AktivistInnen mit Fokus auf Wien setzt sich aus unterschiedlichen politischen, kulturellen Werten und Traditionen zusammen. Auch wenn der Fokus lokal auf Wien und Österreich liegt, ist die politische Identität internationalistisch, liberal geprägt. Im Fokus der Kritik stehen oft ausgrenzende, rassistische, illiberale Strukturen bzw. deren Veränderung. Als ein Beispiel hierfür gilt Melissa Erkurts Buch mit dem Titel „*Generation Haram*“, in dem sie sich vor allem mit dem Unvermögen des österreichischen Bildungssystems auf die Bedürfnisse einer vielfältigen Gesellschaft einzugehen und der strukturellen Ausgrenzung von MigrantInnen auseinandersetzt.

Post-migrantisches politisches Engagement ist aber auch durch die Ambivalenz gekennzeichnet, sich einerseits gegen die Binarität und für die Überwindung von trennenden Strukturen stark zu machen und gleichzeitig sich in der Gesellschaft und in der Politik bewusst als MigrantIn zu positionieren. Die Neuen Österreichischen Organisationen, die Integrationswoche oder "Divörsity" versuchen umzusetzen, was die post-migrantische Perspektive thematisiert.

Migrantische Vereine und Medien

Vereine bieten eine Plattform für das (politische) Engagement von MigrantInnen. Sie dienen als wichtige Quelle des Informationsaustausches und als Interessensvertretung. Vereine sind Organisationen, in denen MigrantInnen sich organisieren und mobilisieren, und Orte an denen sie ihre transnationalen Ressourcen und ihr Knowhow einbringen können. Die Organisationen dienen als Schutzraum, in dem sich MigrantInnen organisieren, um ihre Bedürfnisse gegenüber dem Aufnahmeland artikulieren können.

Hunger und Candan (2009, 25) halten fest, dass sich migrantische Organisationen bilden, weil MigrantInnen von Wahlen und anderen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind und Vereine eine der wenigen Möglichkeiten darstellen, sich zu organisieren zu mobilisieren, um Einfluss auf politische EntscheidungsträgerInnen im Einwanderungsland ausüben zu können. Umgekehrt dienen migrantische Vereine, aufgrund der fehlenden politischen Repräsentation, als AnsprechpartnerInnen für österreichische EntscheidungsträgerInnen in Politik und Verwaltung. Sie werden immer wieder in Konsultationsprozesse bzw. die Umsetzung von Integrationsmaßnahmen einbezogen. Somit werden migrantische Vereine als Vertretungen der migrantischen Gemeinschaften wahrgenommen (Hunger & Candan, 2009, 25). Dabei sind Vereine keine demokratisch legitimierten politischen Vertretungen migrantischer Gruppen gegenüber Politik und Verwaltung. Vereine haben kein politisches Mandat. Auch wenn migrantische Vereine vielfältige Interessen repräsentieren, stehen sie nicht für die Mehrheit, sondern für jene, die sich rund um bestimmte Themen organisieren. Die Personen mit Migrationsbiografien, die sich in Vereinen organisieren, stellen nur eine Minderheit dar und keine repräsentative Mehrheit.

Migrantische Vereine und Organisationen, d.h. Vereine, die von MigrantInnen selbst gegründet und betrieben werden, sind meist stark ethnisch segregiert. Allerdings betonen Smith und Stephenson (2005) in diesem Zusammenhang, dass dies nicht automatisch bedeutet, dass die politischen Interessen von Personen derselben Ethnie, Religion oder Herkunftsregion homogen sind.

Smith und Stephenson (2005) sehen sogar die Gefahr, dass migrantische Vereine ethnische und andere Spannungen innerhalb einer migrantischen Gruppe noch weiter verstärken können. Dies gilt vor allem für Vereine, die am rechten oder linken Rand des politischen Spektrums anzusiedeln sind wie z.B. die ultrarechten türkischen Grauen Wölfe oder der PKK nahestehende kurdische Gruppierungen und Organisationen.

Auch wenn es unter Randgruppen Tendenzen zur Segregation gibt, spielen Vereine grundsätzlich ein wichtiges Bindeglied in transnationalen Räumen. Sie dienen einerseits als Identitätsanker, als Ort, an dem man aktiv werden und sich für etwas engagieren kann, als Ort des Austauschs sowie als eine Brücke zu einem Dialog mit österreichischen / Wiener EntscheidungsträgerInnen und andererseits als ein Bindeglied zum Herkunftsland und dort angesiedelten Organisationen. Braun und Hansen (2006, 67) sehen in Vereinen ein Potenzial für die Bildung von kompetenten BürgerInnen.

Trotz der großen medialen und politischen Aufmerksamkeit auf die migrantische Selbstorganisation gibt es wenige Untersuchungen, die sich mit der migrantischen Vereinslandschaft in Wien tiefergehend auseinandersetzen.

Eine Studie der Magistratsabteilung 17 und der Arbeiterkammer Wien aus dem Jahr 2002 zu MigrantInnen und deren Organisation in Vereinen, stellte fest, dass fast 60% aller migrantischen Vereine, von MigrantInnen europäischer Herkunft (inkl. Türkei), von Menschen mit türkischen oder ex-jugoslawischen Wurzeln gegründet und organisiert wurden³. Die Studie wurde vor 20 Jahren gemacht und ist bisher die Einzige, die sich im Detail (Anzahl, Mitgliederanzahl, Vereins-internes Verhältnis von MigrantInnen zu ÖsterreicherInnen, etc.) mit der Vereinsorganisation von MigrantInnen auseinandersetzt. Von den im Jahr 2002 erfassten Vereinen von und für MigrantInnen waren 15% von Türkei-stämmigen MigrantInnen organisiert, während 5,8% von Serbien-stämmigen MigrantInnen gegründet wurden (Waldrauch et al 2002, 103-105). Die Studie setzt sich ebenfalls mit der Vereins- und Organisationsdichte der jeweiligen MigrantInnengruppe auseinander. Das Ergebnis zeigt, dass sich vor allem Serbien-stämmigen MigrantInnen im Vergleich zu anderen europäischen ZuwanderInnen unterdurchschnittlich in Vereinen und Organisationen organisierten (2300:1). Menschen mit türkischen Wurzeln hingegen hatten eine überdurchschnittliche Dichte an Vereins- und Organisationspartizipation (750:1) (Waldrauch et al 2002, 107).

a) Türkei-stämmige Vereine

Im Zuge der GastarbeiterInnenmigration nach Österreich spielten Vereine eine wichtige Rolle. Sie waren Ort des Austausches für die GastarbeiterInnen in Bezug auf wichtige Informationen wie Wohnungssuche Arbeits- und Fremdenrecht. Sie dienten außerdem als ein sozialer Treffpunkt und waren „ein Stück Heimat in der Fremde“ (Ertugrul 2011, 64). Später ersetzten die Vereine die Anwerbebüros für GastarbeiterInnen. Die Vereine halfen bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen oder dem Zugang zu einem Aufenthaltsvisum. Es wurden sogenannte Landmannschaftsvereine gegründet, die die Zuwanderung aus dem jeweiligen Herkunftsort unterstützten. Durch dieses System kam es zu einer Art Kettenmigration aus einigen wenigen Ortschaften der Türkei. Einer der wichtigsten größten Landmannschaftsvereine in Wien ist AYFED (Avusturya Yozgatlılar Federasyonu – Österreichischer Yozgat Verein) (Ertugrul 2011, 64). AYFED unterstützte Menschen aus der türkischen Provinz Yozgat, die unter den Türkei-stämmigen MigrantInnen in Wien die größte Gruppe darstellen und oft auch verwandtschaftlich miteinander verbunden sind (Ertugrul 2011, 64). Über eine offizielle Website verfügt AYFED nicht. Die Facebookseite hat knapp 500 AbonnentInnen und postet ausschließlich auf Türkisch. Inhaltlich widmet sich die Seite vorwiegend religiösen Themen. Es finden

³ In der Studie wurden die Vereine wie folgt differenziert: Vereine im engeren Sinne (mit 75% MigrantInnenanteil) und im weiteren Sinne (25% - 50% ÖsterreicherInnen ohne Migrationsbiografie) (Waldrauch et al 2002, 94).

sich aber auch Solidaritätserklärungen mit Aserbaidschan in Folge der Bombardierung der Stadt Gence durch armenische Truppen, sowie Aufrufe zur Teilnahm an einer Kundgebung dazu (AYFED 2021). Daraus ist eine Sozialisierung bzw. Identifikation mit nationalistisch-konservativen Themen und Narrativen zu erkennen.

Allgemein weisen die türkischen Vereine aber ein breites Spektrum auf. Neben den eher unpolitischen Landmannschaftsvereinen gibt es auch eine Vielzahl an Vereinen, die auf religiösen Identitäten aufbauen. Hier ist vor allem zwischen alevitischen Vereinen und sunnitischen Moscheevereinen zu unterscheiden (Hunger & Canadian 2014, 138)⁴. Moscheevereine spielen insbesondere im sozialen Leben von MigrantInnen der ersten Generation und bei Neuankömmlingen eine wichtige Rolle. Es handelt sich dabei nicht notwendigerweise um Sakralbauten, sondern eher um Vereinslokale mit Teestuben, Imbissen oder Friseuren, die zwar auch über Gebetsräume verfügen, darüber hinaus aber auch Weiterbildungen, Kinderbetreuung oder kulturelle Aktivitäten anbieten. Viele dieser Angebote stehen auch für Menschen offen, die keine offiziellen Mitglieder sind, daher ist es schwierig die genauen Zahlen und den jeweiligen Wirkungsgrad zu erheben (Ertugrul 2011, 111). Während einige Moscheevereine die geografischen Migrationshintergründe der Menschen widerspiegeln, sind andere mit religiös-politischen Bewegungen wie z.B. der islamisch-konservativen *Milli Görüş* Bewegung affiliert. Die meisten Moscheevereine sind entweder Mitglieder des Dachverbandes ATIB (*Avusturya Türkiye İslam Birliği*, zu Deutsch; Türkisch-Islamische Union in Österreich)⁵ oder des IFW (Islamisches Kultur Zentrum) (Ertugrul 2011, 66)⁶. Dem IFW wird eine Nähe zu der *Milli Görüş* Bewegung nachgesagt.

⁴ Hunger und Canadian untersuchen MigrantInnenorganisationen in Deutschland. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass sie die Organisationen der Türkeistämmigen Bevölkerung Österreichs bzw. Wiens nicht maßgeblich unterscheidet.

⁵ Nach eigenen Angaben hat der Verein 100.000 Mitglieder, andere zweifeln diese Zahl jedoch an und schätzen die Mitgliederzahl deutlich geringer (Der Standard, 2018a). ATIB hat auf Facebook über 11.000 AbonnentInnen, auf Instagram sind es knapp über 1.000. Die Sprache der Postings auf beiden Kanälen ist Türkisch, inhaltlich geht es in erster Linie um Religion, es wurde aber auch auf die Covid-19 Schutzmaßnahmen, den Weltfrauentag oder den Holocaust-Gedenktag aufmerksam gemacht (ATIB Union, 2021). Der Verein bietet seinen Mitgliedern neben Weiterbildungen für den Arbeitsmarkt auch Unterstützung bei religiösen Ritualen wie Hochzeiten, Bestattungen, Pilgerreisen nach Mekka, oder bei der Überführung von Verstorbenen in die Türkei an (ATIB, 2021), wodurch eine kulturelle Prägung im Sinne des Heimatlandes stattfinden soll (Addendum, 2018). Die ATIB Imame werden meist in der Türkei ausgebildet und von der türkischen Religionsbehörde bezahlt (Der Standard, 2018c). Aufgrund dieser Finanzierungsstruktur geriet der Verein in den letzten Jahren zunehmend in die Kritik und wird oft als „[d]er verlängerte Arm Erdoğans in Österreich“ (Der Standard, 2018b; OÖNachrichten, 2018) bezeichnet.

⁶ Laut eigenen Angaben sieht sich der Verein als Interessensvertretung für 10.800 Mitglieder und setzt sich für „ein besseres gesellschaftliches Zusammenleben unter Mitmenschen sowie die Förderung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein“ (IFW, 2021). Die IFW betreibt über 20 Moscheen und 40 Kultur- und Bildungseinrichtungen, Frauen- und Jugendorganisationen sowie eine StudentInnenvereinigung. Darüber hinaus bietet eine Bildungsabteilung Kurse für rund 3.350 TeilnehmerInnen an (IFW 2021).

Das Alevitentum ist seit 2010 als Islamisch Alevitische Glaubensgemeinschaft in Österreich anerkannt (Brickner 2010). Die AlevitInnen organisieren sich über den Verein ALEVI, der für sich beansprucht, alle der 60.000 bis 80.000 AlevitInnen in Österreich zu vertreten. Weil sich aber nicht alle AlevitInnen dem Islam zugehörig fühlen, kam es im Zuge der Anerkennung als Islamische Konfession zu einer Abspaltung (ORF 2010). ALEVI will nach eigenen Angaben die „Integration der Aleviten in die österreichische Gesellschaft unter Bewahrung des Alevitentums“ fördern (ALEVI 2021). Der Verein ist für den alevitischen Religionsunterricht zuständig, leitet eine caritative Einrichtung und bietet Unterstützung bei Todesfällen an. Die Website wird auf Deutsch und Türkisch geführt (ALEVI 2021).

Zudem gibt es auch Vereine, die die unterschiedlichen politischen Bewegungen der Türkei in Österreich repräsentieren, bzw. SympathisantInnen dieser Bewegungen hier ansprechen. Dazu zählen die UETD (Union der Europäisch-Türkischen Demokraten), die der AKP nahesteht, die *Avusturya -Türk Federasyonu* (die österreichisch-türkische Föderation), die der ultranationalistischen MHP (*Milliyetçi Hareket Partisi* – Partei der nationalistischen Bewegung) nahe steht und weitläufig als Graue Wölfe bezeichnet wird⁷, der *Avusturya Atatürkçü Düşünce Derneği* (Verein für Atatürks Gedankengut- Österreich)⁸, der sich dem Kemalismus verbunden fühlt, der sozialdemokratische Bund in Österreich, der die oppositionelle kemalistische CHP (*Cumhuriyet Halk Partisi*) in Österreich vertritt oder die HDP-Österreich Solidarität, die ein Ableger der pro-kurdischen HDP ist.

Ende der 1970er Jahre bildeten auch kurdische MigrantInnen aus der Türkei ihre ersten Organisationen in Österreich. Eine zentrale Rolle spielt dabei der der PKK-nahe Verband FEYKOM, der zahlreiche kurdische Vereine unter einem gemeinsamen Dach vereint (Ertugrul 2011, 79; Waldrauch et al. 2013, 107).

Die Bindung zu den Parteien ist ein entscheidender Faktor für das Bestehen der Organisationen – parteipolitisch unabhängige Vereine konnten sich meist nicht lange halten. Diese Bindung führt dazu, dass sich beispielsweise Konflikte unterschiedlicher Parteien der kurdischen Nationalbewegung in der Türkei auch in Konflikten zwischen kurdischen Organisationen in Österreich widerspiegeln (Waldrauch et al. 2013, 115).

⁷ Eine offizielle Website der ATF findet man nicht, lediglich eine Facebookseite mit etwas mehr als 6.400 AbonnentInnen. Die Beiträge sind größtenteils auf Türkisch, hauptsächlich werden darin der Ramadan und andere religiöse Anlässe thematisiert (ATF 2021). Die Aktivitäten des Vereins umfassen die Organisation von Kursen, Reisen oder Podiumsdiskussionen. Seit Präsident Erdoğan in der Türkei ein Bündnis mit der MHP eingegangen ist, ist eine Annäherung zwischen der ATF und ATIB bemerkbar (Addendum 2018).

⁸ Das Atatürk Kultur Zentrum (Atatürk Kultur Merkezi (AKM)), ist ein Dachverband für kemalistische Vereine und sieht sich selbst als Kulturverein. Die Website dieses Vereins kommuniziert ausschließlich auf Türkisch (AKM 2021), auf der Facebookseite ebenfalls. Letztere hat über 3.800 AbonnentInnen. Die Inhalte sind aber eher historisch und politisch, so wird in erster Linie auf Gedenktage im Zusammenhang mit Kemal Atatürk hingewiesen, teilweise auch die AKP kritisiert (ADD 2021).

Diese Organisationen sind nicht als ein politisches Sprachrohr für alle TürkinInnen oder KurdInnen zu verstehen. Vielmehr ist eine Vielzahl der MigrantInnen politisch nicht organisiert (Waldrauch et al. 2013). Die türkischen Vereine in Österreich weisen zwar in ihren religiösen, politischen oder ethischen Ausrichtungen wesentliche Unterschiede auf, ähneln sich aber stark in ihrem Auftreten, ihren Organisationsformen und Aktivitäten (Ertugrul 2011, 82).

b) Serbien-stämmige Zivilgesellschaft

Im Vergleich zu den Türkei-stämmigen Vereinen sind unter den Serbien-stämmigen zivilgesellschaftlichen Organisationen weniger leicht ethnische, religiöse, politische Tendenzen oder geografische Verbindungen nachzuweisen.

Serbisch-stämmige Vereine gingen meist aus ehemaligen jugoslawischen Vereinen hervor. Die Auslandsvertretung Jugoslawiens unterstützte Ende der 1960er-Jahre, die Gründung von Vereinen im Ausland. Die Unterstützungen zielten darauf ab, den kulturellen Zusammenhalt unter GastarbeiterInnen zu stärken. Die jugoslawischen Vereine erfüllten neben der Funktion der Freizeitgestaltung, die einer Beratungsstelle und waren Orte der Vernetzung und des Informationsaustauschs (Lorber 2016, 135ff.). Die Vereine kompensierten, indem sie Versorgungslücken schlossen, die Versäumnisse des österreichischen Staates in diesem Bereich. Sie bildeten die Anlaufstelle für den politischen und interkulturellen Dialog und stellten "eine wichtige Stütze zur Bewahrung der individuellen und kollektiven Identität in einer neuen Umgebung" dar (Lorber 2016, 139).

Andrea Romstorfer führte im Rahmen ihrer Diplomarbeit 2011 eine nicht-repräsentative Untersuchung über die Rolle von Vereinen für Serbien-stämmige MigrantInnen durch. Sie kommt zu dem Schluss, dass Vereine vor allem für die erste Generation der serbischen MigrantInnen von Bedeutung sind. Sie boten und bieten vor allem Räume für das Zusammenkommen und den Austausch. Während es für MigrantInnen der ersten Generation Prestigesache war, Teil eines Vereins zu sein, scheint die zweite und dritte Generation andere Orte des Zusammenkommens zu wählen. Dies lässt sich auch daran erkennen, dass die Anzahl der Personen, die an den Veranstaltungen der Vereine teilnimmt, zunehmend rückläufig ist (Romstorfer 2011, 156).

Einer der größten und ältesten Vereine der serbischen Diaspora in Wien ist die ÖSG (Österreichisch-Serbische Gesellschaft), die über gute Verbindungen in Politik, Wirtschaft, Kirche und Wissenschaft sowohl in Österreich als auch in Serbien verfügt. Die ÖGS fungiert wie eine Art Interessensvertretung. Ähnlich verhält es sich mit dem österreichisch-serbischen Wirtschaftsforum (OESW). Daneben gibt es eine größere Zahl an

Kulturvereinen, die neben kulturellen Angeboten auch Sprachkurse anbieten. Der sogenannte Zentralrat der Serben in Österreich (ZSÖ) formuliert als Vereinszweck einerseits die Bewahrung der serbischen Kultur und andererseits die Förderung der Integration der serbischen Bevölkerung in Wien.

c) Neue Formen der Organisation

Bei den Organisationsformen der MigrantInnen kann eine strukturelle Verschiebung beobachtet werden, die in urbanen Räumen wie Wien besonders sichtbar ist. Es findet eine schrittweise Verschiebung von klassischen Gastarbeitervereinen hin zu post-migrantischen pluralistischen und diversen Organisationsformen statt. In den letzten Jahren entstanden unterschiedliche Organisationen, Netzwerke oder Veranstaltungsreihen, die einerseits für eine intensivere Vernetzung von Personen mit Migrationsbiografie untereinander sorgen, aber auch als Brücke zwischen jenen mit und ohne Migrationserfahrung dienen. Ziel dieser Organisationen ist es, die Interessen einzelner migrantischer Organisationen zu bündeln und Diversität in unterschiedlichen Bereichen der österreichischen Gesellschaft zu fördern. Beispiel dafür sind Die Neuen Österreichischen Organisationen (Die Neuen)⁹, der ExpertInnenrat M.I.T, die Integrationskonferenz, die Veranstaltungsreihe Divörsity¹⁰ oder das Forum wien.welt.offen¹¹.

Es ist anzunehmen, dass dieser Trend durch die Corona-Pandemie beschleunigt worden ist, da traditionelle Vereine wegen physischer Barrieren für das Vereinsleben in der Pandemie auf klassische Formen der direkten Vereinsarbeit verzichten mussten. Im Gegensatz dazu konnten diese neuen Organisationsformen ihre Tätigkeiten einfacher in digitale und hybride Formate umwandeln. Damit sorgen sie dafür, dass die Kontinuität in der Arbeit und der Thematisierung migrantischer Anliegen aufrechterhalten bleibt. Ein Beispiel für diese Kontinuität in der Arbeit und auch beim politischen Engagement im breiteren Sinne ist der erwähnte ExpertInnenrat M.I.T. (Migration.Integration.Teilhabe), der sich zum Ziel gemacht hat, einen jährlichen „Österreichischen Integrationsplan“ zu erarbeiten (Österreichischer Integrationsgipfel, o.D.). Dieser Plan soll an politische AkteurInnen und Personen, die im Bereich der Integration tätig sind, weitergegeben

⁹ Die Neuen vereinen unterschiedliche Organisationen, die als unabhängig von dem Netzwerk selbst zu sehen sind, jedoch in unterschiedlichen Bereichen – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Bereitstellung von Räumlichkeiten etc. – unterstützt werden (Die Neuen Österreichischen Organisationen o.D., 7). Zu den Veranstaltungen der Die Neuen zählt der Integrationsgipfel, eine Großveranstaltung zum Thema Integration. Die beiden Events Integrationsgipfel und Integrationskongress fanden bereits im Jahr 2019 statt und wurde im Folgejahr durch Die Neuen zu einem Großevent zusammengelegt (APA 2.7.2020).

¹⁰ Die Veranstaltungsreihe widmet sich vor allem dem Thema Diversität in der Wirtschaft und setzt den Fokus auf Diversität im Bereich Personalpolitik, Markterweiterung, Weiterbildung. Unterstützung von Vernetzung in der Wirtschaft (Divörsity o.D.; 5 ALPHA Plus o.D.)

¹¹ Im Forum wien.welt.offen beraten ExpertInnen über unterschiedliche Aspekte zu den Themen Diversität und Integration. Das Forum ist durch die Stadt Wien initiiert, wird von politischen AkteurInnen unterstützt, die sich zu verschiedenen Themen einbringen. Durch einen unabhängig Beirat werden Empfehlungen für integrationspolitische Sachbestände erarbeitet (wien.welt.offen. o.D.).

werden. M.I.T. besteht aus 34 ExpertInnen, von NGOs, aus Interessenverbänden und der Wissenschaft. (Die Neuen Österreichischen Organisationen o.D., 7). Beispielsweise publizierte eine der vier Arbeitsgruppen des Rats im Mai 2021 Maßnahmenvorschläge zum Thema Gesundheit, auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit Covid-19: Die Schwerpunktsetzung der Publikation liegt dabei auf dem Thema psychosoziale Gesundheit. Gerichtet sind die Maßnahmenvorschläge an unterschiedliche AkteurInnen:– von der Österreichischen Krankenkasse bis zu psychiatrischen Einrichtungen. In den Publikationen werden Maßnahmen vorgeschlagen, die der psychosozialen Unterstützung speziell von MigrantInnen dienen soll. (ExpertInnenrat M.I.T. 2021)

Diese neuen MigrantInnenorganisationen und Formen des Engagements wirken dann zumindest auf der Ebene der Stadt Wien auf politische Entscheidungsprozesse ein. Generell passiert Inklusion und Exklusion im politischen und gesellschaftlichen Diskurs über Migration entlang zweier Aspekte: Als „Präsenz von MigrantInnen als Akteure in öffentlichen Aushandlungsprozessen“ und als „Sichtbarkeit von Forderungen, die MigrantInnen betreffen“ (Meyer & Peintinger 2013, 178). Spätestens seitdem Integration auf kommunaler Ebene seit den 2000er-Jahren ins Zentrum der Integrationspolitik gerückt wurde, erhalten MigrantInnenorganisationen zumindest die Möglichkeit, in der Beratungs- und Vorbereitungsphase auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen (Heckmann 2015, 256). Hierfür werden oft große zivilgesellschaftliche Organisationen und Glaubensgemeinschaften, wie der IGGiÖ, in dafür vorgesehene Gremien eingeladen (Meyer & Peintinger 2013, 182f). Vereine sowie die neuen Organisationen werden als politische AkteurInnen in politische Entscheidungsfindungen einbezogen. Diese Form der politischen Teilhabe von migrantischen Vereinen, Einrichtungen und Zivilorganisationen folgt oftmals einer StellvertreterInnenlogik, da Letztere vielfach durch Personen der Mehrheitsgesellschaft besetzt sind und migrantische Selbstvertretungen als RepräsentantInnen gering bleiben (Meyer & Peintinger 2013, 183).

d) Migrantische Medien und Öffentlichkeiten

Eine zunehmend wichtige Rolle bei der Organisation der MigrantInnen spielen die Medien, und hier vor allem soziale Medien und digitale Informations- und Kommunikationsplattformen. Medien im Generellen vermitteln nicht nur Wissen und Informationen, sondern sie bilden auch Meinungen und sind identitätsstiftend (Tsvetanova 2011, 6). Die Beziehung zwischen Mehrheitsgesellschaft und MigrantInnen werden maßgeblich durch Medienberichterstattungen mitbeeinflusst (Ratkovic 2018, 55). Die mediale Berichterstattung in Österreich ist jedoch nicht repräsentativ für die Gesamtgesellschaft: Weder die Themenwahl noch die Redaktionen selbst. 2018/19 hatten nur 6 % der österreichischen JournalistInnen einen Migrationshintergrund aus

dem nicht-deutschsprachigen Raum¹². Diversität wird im Medienbereich kaum gefördert (APA Science 2021). Es ist daher nicht verwunderlich, dass im Vergleich zum Anteil in der Gesamtbevölkerung Personen mit türkischer oder ex-jugoslawischer Migrationsbiografie im Medienbereich deutlich unterrepräsentiert sind (APA 2012).

Sogenannte „Ethnomedien“, also Medien, die von und für MigrantInnen entweder im Herkunftsland produziert werden und im Ankunftsland vertrieben werden oder im Aufnahmeland produziert werden und sich speziell an migrantische Communities richten (Weber-Menges 2006, 123), können Lücken füllen, die durch andere Medien der Mehrheitsgesellschaft ausgelassen werden:

Ethnomedien können besser auf die Bedürfnisse der einzelnen migrantischen Gemeinschaften eingehen, da sie sprachlich und kulturell näher an den Communities dran sind und daher auch als authentisch wahrgenommen werden. Dejan Sudar, Herausgeber des Magazins KOSMO, das sich an die bosnisch-kroatisch-serbisch-sprachigen Menschen in Wien richtet, beschreibt sein Medium als Brücke zwischen den Communities und der Mehrheitsgesellschaft (APA 2020b). Diese Funktion wurde während der Covid-19 Pandemie besonders wichtig: „Ethnomedien“ informierten in der jeweiligen Muttersprache über die jüngsten Entwicklungen in Österreich sowie über die geltenden Corona-Regeln. Neben Magazinen wie Kosmo und BUM, die sich an die ex-jugoslawischen MigrantInnen wenden, und dem Brücke Magazin und der Zeitung „Die neue Heimat“, sind es vor allem soziale Medienkanäle, die eine wichtige Rolle in der Informationsgewinnung vieler MigrantInnen in Wien spielen. Ethnomedien bauen vor allem auch stark auf soziale Medien. Über diese erlangen sie eine höhere Reichweite. Diese Kampagnen haben oft einen impliziten oder auch expliziten politischen Auftrag. Bei der Kampagne „coronafacts.at“ von Kosmo möchte man den Verschwörungstheorien über das Virus und die Impfung mit objektiver und sachlicher Information begegnen. Hier zeigt sich auch eine klare und starke transnationale Dimension: Laut Dragomir Janjic von Kosmo beziehen sehr viele serbische MigrantInnen ihre Informationen über Corona aus Serbien und über informelle Kommunikationskanäle wie viber oder WhatsApp auf direktem Weg aus dem Herkunftsland, wo im internationalen Vergleich ein sehr großer Anteil der Verschwörungstheorien vorhanden ist (BiEPAG 2020). Eine andere Kampagne, die unterschiedliche migrantische Communities vereint, ist die „Wir gegen Hass“ Kampagne von Alpha Plus.

Einen Gesamtüberblick über all die Gruppen zu geben, die online zur Vernetzung der Communities dienen, ist aufgrund der Vielzahl von Plattformen, Foren und den darin bestehenden Gruppierungen schwer zu realisieren. Die meisten sind auf Facebook präsent (Scholz 2017, 4). In den meisten Fällen werden Nachrichten

¹² Die Daten wurden durch das Forschungsprojekt *Journalism in Transition* von Medienhaus Wien und dem Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Universität Klagenfurt in den Jahren 2018/19 erhoben und für die genannte Studie analysiert. Die genannte Studie erscheint im Herbst 2021.

mit direktem Österreich- oder Wien-Bezug aufgearbeitet und geteilt. Die wenigsten vermitteln direkte politische Inhalte. Im Falle der wichtigsten türkischsprachigen Facebookseite *Avusturya Rehberi* (Österreich Führer) oder *Manset Haber* (Überschrift Nachrichten) handelt es sich meist um Informationen hinsichtlich Geschäftseröffnungen, Werbekampagnen in Wien und Österreich, Erläuterungen der in Wien und Österreich gültigen Covid-19 Maßnahmen oder um Informationen, die die Türkei oder das Reisen dorthin betreffen.

Twitter ist im Vergleich durch serbische und türkische Communities noch wenig genutzt. (Beispiel: Auf Facebook "gefällt" 70.788 NutzerInnen das Ethnomagazin *Kosmo*, auf Twitter hingegen nur 298 Personen / *Serbien Nachrichten* folgen auf Facebook 34279 NutzerInnen, während auf das gleich Portal auf Twitter 258 AbonnentInnen hat) Instagram oder TikTok spielen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus MigrantInnen-Communities eine zunehmend starke Rolle, allerdings vor allem auf individueller Ebene. Hier sind auch erste von MigrantInnen entwickelte Plattformen entstanden, wie beispielsweise jene von Melisa Erkurt (die chefredaktion), die unterschiedliche lebensweltliche Fragen thematisiert und sich mit klaren politischen Botschaften und Inhalten gegen Hass, Ausgrenzung, Xenophobie und für Inklusion positioniert. An Plattformen und Projekten wie den genannten oder auch durch Aktivitäten einflussreicher MigrantInnen im Bereich der sozialen Medien und der migrantischen Selbstorganisation (wie z.B. „Die Neuen“) lässt sich eine neue Form des Selbstverständnisses der MigrantInnen erkennen. Hier spielen MigrantInnen zunehmend eine Rolle als integraler und aktiver Bestandteil der gesamtgesellschaftlichen österreichischen Debatten über zentrale soziale und politische Fragen. Durch den Prominentenstatus einiger Einzelpersonen wie Melisa Erkurt, Aleksandra Stanic, Manuela Tomic, Ali Dönmez, Kenan Güngör, Daria Daria, die in den sozialen Medien als einflussreich gelten, entsteht eine neue Form der Öffentlichkeit: Diese entspricht dem Charakter Österreichs als Einwanderungsgesellschaft und Wiens als einem Schmelztiegel. Dieses relativ neue Phänomen könnte man durchaus als post-migrantisch bezeichnen.

Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Die öffentlichen Debatten um die Integration von MigrantInnen spiegeln weder die wissenschaftlichen Diskurse und Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte noch die Lebensrealitäten der MigrantInnen wider. Die dominante öffentliche Debatte geht von einem stufenförmigen Prozess aus, in dem sich EinwandererInnen schrittweise an die österreichische Kultur, die Strukturen und Erfordernisse anpassen, aus. Da einem solchen Begriff der Integration die Annahme der Auflösung sämtlicher Unterschiede und der Wunsch nach Einheitlichkeit und Homogenisierung von migrantischen Identitäten und Lebenswelten innewohnen, kann eine

vollständige Integration niemals erfolgen. Sie bleibt für MigrantInnen ein ständig eingefordertes und gleichzeitig unerreichbares Ziel. Während der Integrationsbegriff in Bezug auf Identitäten, Lebensweisen, Zugehörigkeit und Verortung die Aufgabe sämtlicher Bindungen ans Herkunftsland einfordert, erlauben transnationale Perspektiven die Einbeziehung von Wechselwirkungen, hybriden bzw. multiplen Identitäten.

Die Lebenswelten von MigrantInnen bewegen sich schon alleine schon aufgrund ihrer Historie in transnationalen Räumen zwischen Einwanderungsland und Herkunftsland bzw. oftmals auch aufgrund familiärer Bande zwischen mehreren Ländern. Transnationale Räume erlauben Multilokalität, die Zugehörigkeit und Bindung an mehrere Orte. Dies erweitert Ressourcen, schafft neue Netzwerke und prägt Interaktionen. In dem Sinn sind transnationale Verbindungen keine Bedrohung für ein Zusammenleben in Österreich, vielmehr ist es eine Realität und eine Chance.

Das politische Engagement von MigrantInnen ist einerseits durch transnationale Erfahrungen und andererseits durch die politischen, gesellschaftlichen und strukturellen Rahmenbedingungen im Einwanderungsland geprägt. MigrantInnen in Wien sind oft aufgrund des restriktiven Staatsbürgerschaftsrechts vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Personen, die die österreichische Staatsbürgerschaft erworben haben, können sich zwar einbringen, in der Realität sind es aber recht wenige MigrantInnen, die von den österreichischen politischen Parteien wahrgenommen und gefördert werden. Auch hier fehlt eine Anerkennung für transnationale Erfahrungen und Ressourcen. Die politischen und administrativen Strukturen und Institutionen sind weiterhin nicht auf eine Einwanderungsgesellschaft ausgerichtet.

Dies führte dazu, dass eine Vielzahl an politischen Entrepreneurs, Vereinen, Plattformen, Medien und Bewegungen jenseits der etablierten österreichischen politischen Strukturen entstand. Die meisten setzen sich entweder mit Themen der Migration und Integration in Österreich bzw. Wien auseinander. Ein kleinerer Teil richtet den Fokus des transnationalen Engagements auf die Herkunftsländer. In beiden Fällen dienen die transnationalen Erfahrungen, Verbindungen und das Knowhow als eine Ressource. Während aus Sicht österreichischer Parteien, Organisationen, Institutionen und Medien MigrantInnen ein Wissen über die jeweilige ethnische, religiöse oder soziale Gruppe, bzw. die Herausforderungen, denen sich MigrantInnen ausgesetzt fühlen, einbringen können, stellen MigrantInnen auch für Parteien, Medien und Organisationen im Herkunftsland eine wichtige Ressource im Ausland bzw. in der Diaspora dar.

Politische Teilhabe in Österreich erfolgt oft über Vereine. Während aber die MigrantInnen ohne österreichische Staatsbürgerschaft von BürgerInnenrechten und politischer Teilhabe ausgeschlossen sind, stellt die Eingebundenheit in informelle und persönliche Netzwerke, wie Vereine, eine alternative Form der Inklusion dar (Kronauer 2013: 25). Vereine ersetzen zwar bis zu einem gewissen Grad die fehlende politische Reprä-

sensation, allerdings haben sie kein politisches Mandat. Interne Strukturen sind auch nicht unbedingt demokratisch legitimiert. Dennoch sind Vereine und migrantische Medien zum einen eine wichtige transnationale Brücke, und zum anderen auch ein Anker für das Engagement in Österreich bzw. Wien. Vereine kann man in zwei Kategorien unterteilen; sogenannte post-migrantische Organisationen, die sich für eine Überwindung der Binalität in Österreich einsetzen und die Strukturen verändern möchten und jene, die stärker durch Herkunftsidentitäten geprägt sind. In der letzteren Kategorie sind Vereine oft nach Herkunftsland, Ethnie, kulturellem Hintergrund, sozialen und religiösen Unterschied strukturiert und sogar segregiert.

Politische Identitäten decken sich meist mit sozialen Identitäten und haben weitgehend ideologische Ansätze verdrängt. Eine hohe Konvergenz zwischen sozialen und politischen Identitäten fördert meist eine starke Gruppenidentität. Diese ist insbesondere unter Gruppen mit stark ausgeprägten ethnischen oder religiösen Bezugnahmen zu sehen. Allerdings können selbst hier durch transnationale Erfahrungen Veränderungen beobachtet werden. Insbesondere zweite, dritte und vierte Generationen erweitern die starken In-Group Identitäten um eine transnationale Dimension.

Die Studie unterscheidet grob zwischen zwei Ausrichtungen transnationalen politischen Engagements, jene, die sich nach dem Herkunftsland orientieren und jene, die sich auf Wien bzw. Österreich fokussieren. Während die Zielrichtung der beiden Engagements unterschiedlich ist, sind jedoch beide Gruppen gleichermaßen durch transnationale Erfahrungen, Verbindungen und Netzwerke geprägt.

Abgeleitete Handlungsempfehlungen

- Rechtliche Gleichstellung und Ermöglichung des leichteren Zugangs zur Staatsbürgerschaft (inkl. der leichteren Einbürgerung von Jugendlichen sowie der Ermöglichung von Doppelstaatsbürgerschaften) sind eine zentrale Voraussetzung für die Erhöhung von Motivation, Chancen und Möglichkeiten für soziale und politische Teilhabe von MigrantInnen.
- Österreich ist eine Einwanderungsgesellschaft. Dies müsste im offiziellen politischen Diskurs in Österreich anerkannt werden. Dem in der österreichischen Politik oft sehr starken Diskurs des „othering“ bzw. der Stigmatisierung von MigrantInnengruppen sollte in allen Bereichen der Gesellschaft ein Inklusionsdiskurs entgegengesetzt werden.
- Österreichische politische Parteien sollen sich ebenfalls dem Charakter des Landes als Einwanderungsgesellschaft stellen und eine Öffnung ihrer Strukturen für MigrantInnen vorantreiben. Dies betrifft die internen Strukturen der politischen Parteien und ihre Nachwuchsarbeit, wo Chancen und Räume für stärkere Einbeziehung und Beteiligung von MigrantInnen geschaffen sollen. Ebenfalls sollten sich die politischen Parteien bemühen, eine Öffentlichkeit zu schaffen und zu unterstützen, die sich für eine gleichberechtigte soziale und politische Teilhabe von MigrantInnen einsetzt.

- Neue Organisationsformen der MigrantInnen sind der Rahmen, in denen die transnationalen Identitäten und Lebensräume selbstverständlich gelebt werden. Dies sollte seitens der Stadt Wien nach Möglichkeit unterstützt werden. Vorhandene Probleme (wie z.B. Übernahme autoritärer politischer Einstellungen und Muster) in migrantischen Communities sollten differenziert angesprochen werden, ohne dass die gesamte Community pauschal stigmatisiert wird.
- Migrantische Entrepreneurs zeigen mit ihrem Engagement zentrale Probleme und Dilemmata aber auch Möglichkeiten zur stärkeren sozialen und politischen Teilhabe auf. Dies sollte von der Stadt noch intensiver gefördert werden.
- Transnationales Engagement mit Fokus auf das Herkunftsland sollte nicht kriminalisiert werden. Stattdessen sollte ein Dialog mit solchen Gruppen bzw. AktivistInnen gesucht werden, um die Motivationen bzw. jene Migrationserfahrungen zu ergründen, die im transnationalen Engagement mit eine Rolle spielen.
- Die transnationalen Verbindungen, Erfahrungen und das Knowhow von MigrantInnen kann auch von der Stadt Wien in vielfältiger Weise für die Stadtpolitik, aber auch die Außenbeziehungen der Stadt zu Nutze gemacht werden.
- Die Stadt Wien könnte transnationale Erfahrungen und Verbindungen von MigrantInnen stärker für Partnerschaft und Projekte in den Herkunftsregionen nutzen und sich dadurch stärker als internationaler und regionaler Akteur positionieren.
- Die Stadt Wien könnte zur Ergründung transnationaler Kapazitäten und Ressourcen einen Workshop organisieren und hier das Potenzial eruieren.
- Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass „MigrantInnen“ im politischen und medialen Diskurs oft als Überträger des Virus und durch ihr angeblich riskantes Verhalten zur Gefahr stilisiert werden. Eine solche Form der politischen Kommunikation vertieft die Gräben in der Gesellschaft und hat negative Konsequenzen für das Zusammenleben. Die offiziellen Einrichtungen des österreichischen Staates oder der Stadt Wien sollen dem stigmatisierenden Diskurs einen versachlichten Diskurs entgegen setzen und mit inklusiven und authentischen Kampagnen, die von MigrantInnen initiiert und geleitet werden (wie zum Beispiel die Coronafacts.at Plattform von Kosmo oder die „Gemeinsam gegen den Hass“-Initiative von Alpha Plus), an der Schaffung einer objektiven Öffentlichkeit zu Fragen der politischen und sozialen Teilhabe von MigrantInnen in Österreich und in Wien arbeiten.

Literatur

- ADD. (2021). *Avusturya Atatürkçü Düşünce Derneği* | Facebook. <https://www.facebook.com/AvusturyaADD>
- Addendum. (2018). *Der Einfluss türkischer Vereine in Österreich*. Addendum. <https://www.addendum.org/tuerken-in-oesterreich/tuerkische-vereine/>
- Ataç, I. & Rosenberger, S. (2013). Inklusion/ Exklusion. Ein relationales Konzept der Migrationsforschung. In: Ataç, I. & Rosenberger, S. (Hrsg.). *Politik der Inklusion und Exklusion*. Vienna University Press, Migrations- und Integrationsforschung, Band 4, Göttingen, 35-52.
- AKM. (2021). <http://www.aturk.at/?fbclid=IwAR1YwZJvAEJRvvn3Srxyp8gqkxXo-wK-8v2PGYSOY-3bcqMtNO4Docpol4>. <http://www.aturk.at/?fbclid=IwAR1YwZJvAEJRvvn3Srxyp8gqkxXo-wK-8v2PGYSOY-3bcqMtNO4Docpol4>
- ALEVI. (2021). *ALEVI – Alevitische Glaubensgemeinschaft in Österreich*. http://www.aleviten.at/_de/
- ATF. (2021, April 30). *Avusturya Türk Federasyon* | Facebook. <https://www.facebook.com/ATfederasyon/>
- ATIB. (2021). Über Uns. *ATIB Union*. <https://atib.at/uber-uns/>
- ATIB Union. (2021). *ATIB Union Facebook*. <https://www.facebook.com/atibunion>
- ATIGFA. (2021). *Avusturya Türkiyeli İşçi ve Gençlik Federasyonu—ATİGF* | Facebook. <https://www.facebook.com/ATIGF2020>
- AYFED. (2021). *AYFED* | Facebook. <https://www.facebook.com/AYFED-311653505513375/>
- ALPHA Plus (o.D.). DIVÖRSITY. Take your career to the next level. *alphaplus.at* <http://alphaplus.at/portfolio/divoersity-2/>, Download 12.5.2021
- ALPHA plus (2021) BUM MAGAZIN & GAZETE BUM MEDIADATEN 2021. *alphaplus.at* http://www.alphaplus.at/bum_mediakit2021.pdf, Download 11.5.2021.
- Austria Presse Agentur (2012). MSNÖ liefert neue Zahlen zu JournalistInnen mit Migrationshintergrund. *ots.at*. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20121121_OTSo042/msnoe-liefert-neue-zahlen-zu-journalistinnen-mit-migrationshintergrund, Download 28.4.2021.
- Austria Presse Agentur (2020a). „Die Neuen“ kommen: Kraft für Wien und Österreich! *ots.at* https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200702_OTSo209/die-neuen-kommen-neue-kraft-fuer-wien-und-oesterreich, Download 12.5.2021.
- Austria Presse Agentur (2020b). Besonders in Krisenzeiten ist KOSMO eine wichtige Informationsquelle! *ots.at*.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200413_OTSo014/besonders-in-krisenzeiten-ist-kosmo-eine-wichtige-informationsquelle-bild, Download 28.4.2021.

Austria Presse Agentur (2020c) KOSMO.AT berichtet während Coronakrise zweisprachig – Deutsch und Bosnisch/Kroatisch/Serbisch!. *ots.at*.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200319_OTSo011/kosmoat-berichtet-waehrend-corona-krise-zweisprachig-deutsch-und-bosnischkroatischserbisch, Download 28.4.2021.

Austria Presse Agentur Science (2021) Kaum JournalistInnen mit Migrationshintergrund in Newsrooms. *science.apa.at*.

<https://science.apa.at/power-search/7862565596450688846>, Download 28.4.2021.

Bakondy, V. (2017). "Austria Attractive for Guest Workers?" Recruitment of Immigrant Labor in Austria in the 1960s and 1970s In: Bischof, Günter/Rupnow, Dirk (Ed.): Migration in Austria. Contemporary Austrian Studies, Innsbruck University Press, Vol.26, 113-138.

Bauböck, R. & Valchars, G. (2021). Hürde Staatsbürgerschaft: Heimat, fremde Heimat. *derstandard.at*
<https://www.derstandard.at/story/2000123817769/huerde-staatsbuergerschaft-heimat-fremde-heimat>,
Download 6.5.2021.

Berliner Zeitung (2014). Naika Foroutan: Was heißt postmigrantisch? *berliner-zeitung.de*
<https://www.berliner-zeitung.de/naika-foroutan-was-heisst-postmigrantisch-li.27572> Download 21.5.2021

Braun, S. (2006). Soziale und politische Integration durch Vereine? Theoretische Ansätze und empirische Ergebnisse. In K.-S. Rehberg (Ed.), Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2 (pp. 4498–4508). Campus Verl.

Brickner, I. (2010, October 21). "Kleine Revolution" für Muslime, made in Austria—Integration—DerStandard.at › Panorama. <https://www.derstandard.at/story/1292462317408/islam-kleine-revolution-fuer-muslime-made-in-austria>

Brubaker, R., & Cooper, F. (2000). Beyond" identity". *Theory and Society*, 29(1), 1-47.

Brucke Magazin (2021) Mediadaten 2021. *bruckemagazin.at*
https://bruckemagazin.at/wp-content/uploads/Mediadaten_2021_Genel_1.pdf, Download 11.5.2021.

D'Amato, Gianni (2001). Vom Ausländer zum Bürger. Der Streit um die politische Integration von Einwanderern in Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Münster: Lit Verlag.

D'Amato, Gianni (2014). Bürgerrechte und politische Beteiligung von Migranten in Europa. In: *Bürgerschaft und demokratische Regierbarkeit in Deutschland und Europa: Festschrift für Heinz Klegler*. D'Amato, G. & Karolweski, I. (Hrsg.). Baden-Baden: Nomos Verlag.

Der Standard (2020a). Jeder dritte Wiener darf nicht wählen: Ist das noch eine richtige Demokratie?. *derstandard.at*

<https://www.derstandard.at/story/2000120534922/jeder-dritte-wiener-kann-nicht-waehlen-ist-das-noch-eine>, Download 6.5.2021.

Der Standard (2020b). Jeder dritte Wiener darf nicht wählen: Ist das noch eine richtige Demokratie?. [Video] [derstandard.at](https://www.derstandard.at)

<https://www.derstandard.at/story/2000120534922/jeder-dritte-wiener-kann-nicht-waehlen-ist-das-noch-eine>, Download 6.5.2021.

Der Standard. (2018a). *Die rechtsextremen Wölfe aus der Türkei heulen auch hierzulande*. DER STANDARD. <https://www.derstandard.at/story/2000078718964/die-rechtsextremen-woelfe-aus-der-tuerkei-heulen-auch-hierzulande>

Der Standard. (2018b). *Moscheeverein Atib: Erdoğan's Arm in die türkische Diaspora*. DER STANDARD. <https://www.derstandard.at/story/2000078565849/moscheeverein-atib-erdogans-arm-in-die-tuerkische-diaspora>

Der Standard. (2018c). *Regierung will sieben Moscheen schließen, etliche Imame ausweisen*. DER STANDARD. <https://www.derstandard.at/story/2000081199654/regierung-will-sieben-moscheen-schliessen-etliche-imame-ausweisen>

Diehl, C. (2004). Fördert die Partizipation in ethnischen Vereinen die politische Integration im Aufnahme-land? Theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen. In A. Klein, K. Kern, B.

Geißel, & M. Berger (Eds.), *Zivilgesellschaft und Sozialkapital: Herausforderungen politischer und sozialer Integration* (pp. 231–250). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80963-6_15

Die Neue Heimat Zeitung (2017) Yeni Vatan Gazetesi Neue Heimat Zeitung. Ihr Brückenbauer zur türkischen Gemeinde in Österreich. [yenivatan.at](https://www.yenivatan.at) https://www.yenivatan.at/wp-content/uploads/YVG_Imagemappe_2017.pdf, Download 11.5.2021.

Die Neuen Österreichischen Organisationen (o.D.). Migration Integration Teilhabe. [neueorganisationen.at](http://www.neueorganisationen.at) <http://www.neueorganisationen.at/dieneuen2020.pdf>, Download 12.5.2021

Divörsity (o.D.). Projektinfo. Divörsity Vielfalt auf österreichisch. divoersity.at <https://divoersity.at/projektinfo/>, Download 12.5.2021.

Ertugrul, S. (2011). „*Identität und Integration—Eine Analyse der türkischen Vereine in Österreich*“. 129.

Eurostat. (2020). EU Member States granted citizenship to over 670 thousand people in 2018. Moroccans, Albanians and Turks were the main recipients, eurostat news release, 30. March 2020, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10624889/3-30032020-AP-EN.pdf/03fb2386-c585-05f3-5721-ba3536152007>, 14.5.2021.

ExpertInnenrat M.I.T (2021). Maßnahmenvorschläge der Arbeitsgruppe "Gesundheit". Newsletter 17.5.2021 <https://mailchi.mp/72892b028345/expertinnenrat-mit-manahmenvorschlge-der-arbeitsgruppe-gesundheit-pdf-download-75510667e=fe2c392d36>

- Ficks, P. (2009). Der Wandel der Darstellung von Migranten am Beispiel Siegener Lokalmedien in den Jahren 1996 und 2006. In: Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland In: Geißler, R. & Pöttker, H. (Hrsg.), Bielefeld: transcript Verlag.
- Filzmaier, P. & Patscheider, M & Perlot, F. (2015). MigrantInnen als Wählergruppe in Österreich. *Österreichische Zeitschrift Für Politikwissenschaft*, Vol. 44/2.
- Foroutan N. (2018). Die postmigrantische Perspektive: Aushandlungsprozesse in pluralen Gesellschaften. In: Hill, M. & Yildiz, E. (Hrsg.) *Postmigrantische Visionen*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Gächter, A. (2016): 50 Jahre jugoslawische Gastarbeit in Österreich. in: Özbaş, A. & Hainzl, J. Özbaş, & H. (Hrsg.). 50 Jahre Jugoslawische Gastarbeit in Österreich. Verein JUKUS – Verein Zur Förderung von Jugend, Kultur und Sport (Hrsg.). Graz: CLIO Verlag.
- Geißler, R. & Pöttker, H. (2006). Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Bielefeld: transcript Verlag.
- Hark, S. (2011). Feministische Theorie – Diskurs – Dekonstruktion. Produktive Verknüpfungen, in: Keller, R. & Hirsland, A. & Schneider, W. & Viehöver, W. (Hrsg.). Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Theorien und Methoden, Band 1, 3. Auflage, Wiesbaden, 381-400.
- Hainmueller, J. & Hangartner, D. & Pietrantuono, G. (2015). Naturalization Fosters the Long-term Political Integration of Immigrants. *Proceedings of the National Academy of Sciences - PNAS*112, No. 41, 12651-2656
- Hainmueller, J. & Hangartner, D. & Ward, D. (2019). The Effect of Citizenship on the Long-term Earnings of Marginalized Immigrants: Quasi-experimental Evidence from Switzerland. *Science Advances*, No. 5, 1-8.
- Heckmann, F. (2015). Integration von Migranten. Einwanderung und neue Nationenbildung. Springer Verlag, Wiesbaden.
- Hofinger, C. (2019). Politische, soziale, kulturelle Partizipation. Studie für die Fachenquete Vielfältige Beteiligung: Wiener StadtbürgerInnenschaft, 2. Mai 2019. *forum wien.welt.offen*. Stadt Wien.
- Huddy, L., & Bankert, A. (2017). Political partisanship as a social identity. In *Oxford research encyclopedia of politics*
- Hunger, U., & Candan, M. (2009). *Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg: Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge*. Universität Münster, FB Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft.
- Hunger, U. & Canadan, M. (2014): Politisches Engagement von Migranten in Vereinen und Verbänden. MigrantInnenorganisationen als politische Akteure, *Forschungsjournal soziale Bewegung*, Vol. 27/4, 127-141
- Ichner, B. (2019, February 25). *Das schwere Erbe der Milli Görüs*. <https://kurier.at/chronik/wien/das-schwere-erbe-der-milli-goerues/400414436>

- IFW. (2021). *Startseite*. Islamische Föderation in Wien. <https://ifwien.at/>
Institut für Bildungswissenschaft – Islamische Religionspädagogik, U. W. (2016). *Islamische Vereine und Moscheen in Österreich*.
- Integrationsmonitor 2020 (2020). Fehlendes Wahlrecht führt zu steigendem Demokratiedefizit. [wien.gv.at. https://www.wien.gv.at/spezial/integrationsmonitor2020/gleichstellung-und-partizipation/fehlendes-wahlrecht-fuehrt-zu-steigendem-demokratiedefizit/](https://www.wien.gv.at/spezial/integrationsmonitor2020/gleichstellung-und-partizipation/fehlendes-wahlrecht-fuehrt-zu-steigendem-demokratiedefizit/), Download 28.4.2021.
- Integrationswochen (o.D.). Teilnehmer. [integrationswochen.at https://integrationswochen.at/teilnehmer/](https://integrationswochen.at/teilnehmer/)
Download 21.5.2021
- Kalayci, E. (2009). "Integrierts euch!?" Grundlagen, Hürden und Vision im Integrationsprozess von MigrantInnen. planetverlag.
- Kissau, K. (2008). Das Integrationspotential des Internet für Migranten. Universität Münster. Dissertationsarbeit.
- Kissau, K. & Hunger, U. (2009). Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunden. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kosmo (2021) Eine starke Verbindung! KOSMO. [kosmo.at https://www.kosmo.at/MD_KOSMO_Print.pdf](https://www.kosmo.at/MD_KOSMO_Print.pdf), Download 11.5.
- Kronauer, M. (2013). Inklusion/ Exklusion: Kategorien einer kritischen Gesellschaftsanalyse der Gegenwart. In: Ataç, I. & Rosenberger, S. (Hrsg.). Politik der Inklusion und Exklusion. Vienna University Press, Migrations- und Integrationsforschung, Band 4, Göttingen, 21-34.
- Lauka et al. (2018). Mass Partisan Polarization: Measuring a Relational Concept, *American Behavioral Scientist*, Vol. 62(1) 107–126,
- Lorber, V. (2016). "Jeden Samstag und Sonntag haben wir im Klub verbracht". Die Beschäftigungssituation und das Alltagsleben von jugoslawischen ArbeitsmigrantInnen in der Steiermark von 1960 bis 1990, in: Özbaş, A. & Hainzl, J. Özbaş, & H. (Hrsg.). 50 Jahre Jugoslawische Gastarbeit in Österreich. Verein JUKUS – Verein Zur Förderung von Jugend, Kultur und Sport (Hrsg.). Graz: CLIO Verlag.
- Lorber, V. (2017). To Come into Focus. Female "Guest Workers" from Former Yugoslavia in Austria (1960-1980), in: Bischof, Günter/Rupnow, Dirk (Ed.): Migration in Austria. Contemporary Austrian Studies, *Innsbruck University Press*, Vol. 26, 161 – 1.
- Landespolizeidirektion Wien Referat Vereins-, Versammlungs- und Medienrechtsangelegenheiten (LPD). (2021). Vereinsregisterauszug vom 30.4.2021, Suchwort: Zentralrat der Serben. <https://citizen.bmi.gv.at/at.gv.bmi.fnsweb-p/zvn/public/print/Vereinsregisterauszug.pdf>, Download 30.4.2021.
- Meyer, S. & Peintinger, T. (2013). (K)eine Stimme für MigrantInnen? Inklusion und Exklusion in der Politisierung von Migration. In: Ataç, I. & Rosenberger, S. (Hrsg.). Politik der Inklusion und Exklusion. Vienna University Press, Migrations- und Integrationsforschung, Band 4, Göttingen, 177-196.

Mason, L. (2014). "I Disrespectfully Agree": The Differential Effects of Partisan Sorting on Social and Issue Polarization, *American Journal of Political Science*, Vol. 59, No. 1, January 2015, pp. 128–145.

McCoy, J., Rahman, T., & Somer, M. (2018). Polarization and the global crisis of democracy: Common patterns, dynamics, and pernicious consequences for democratic polities, *American Behavioral Scientist*, 62(1), 16-42.

Migrant Integration Policy Index 2020 (2020). Access to nationality. *mipex.eu*
<https://www.mipex.eu/access-nationality>, Download 6.5.2021

Migration Policy Group (o.D.) About MPG. *migpolgroup.com*
<https://www.migpolgroup.com/index.php/about-mpg/>, Download 6.5.2021

Mišić, Tanja. (2015). The Serbian Community in Austria. And their political interest and participation in their country of origin. Masterarbeit. Karl-Franzens-Universität Graz. <https://unipub.uni-graz.at/obvugrhs/download/pdf/838658?originalFilename=true>

OGM (2020). Wien-Wahl: Zuwanderer wählen öfter SPÖ, Migranten aus Türkei aus SÖZ. *ogm.at*.
https://www.ogm.at/2020/10/18/nachwahlanalyse_zuwanderer/, Download 28.4.2021.

OÖNachrichten. (2018). *ATIB: Der verlängerte Arm Erdoğan's in Österreich*. OÖNachrichten.
<https://www.nachrichten.at/politik/innenpolitik/ATIB-Der-verlaengerte-Arm-Erdogans-in-OEsterreich;art385,2919051>

ORF. (2010, December 21). *Religion*. *ORF.at/news*. http://religionv1.orf.at/projekt03/news/1012/ne101221_aleviten_fr.htm

Österreichischer Integrationsfond (ÖIF). (2014). Fact Sheet 08. Internationale Studierende in Österreich. Aktuelles zu Migration und Integration. https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/AT/Downloads/Publikationen/Fact_Sheet_08_Internationale_Studierende_in_OEsterreich.pdf, Download 7.5.2021.

Österreichischer Integrationsfond - Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen & Medien-Servicestelle Neue Österreicher/innen (2015). Die Serbische Community in Österreich - Fact Sheet Aktuelles zu Migration und Integration. Wien: Österreichischer Integrationsfond - Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen.

Österreichischer Integrationsfond (ÖIF). (2015). Fact Sheet 11. Serbische Community in Wien. Aktuelles zu Migration und Integration. https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/AT/Downloads/Publikationen/Fact_Sheet_11_Serbische_Community_in_OEsterreich.pdf, Download 29.4.2021.

Österreichischer Integrationsfond (ÖIF). (2019). Wien. Zahlen, Daten, Fakten zu Migration & Integration. Ergänzende Anmerkungen zur statistischen Publikation, Bundesländer. https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/AT/Downloads/Publikationen/2019_Wien_Migration_Integration.pdf, Download 29.4.2021

- Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF). (2020). Fact Sheet 34. Schule und Integration. September 2020, https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/FS-34_SchuleundIntegration.pdf, Download 29.4.2021.
- Österreichischer Integrationsgipfel (2020). Positionspapier: Stellungnahme der MigrantInnenorganisationen. integrationsgipfel.at
<https://integrationsgipfel.at/positionspapier-stellungnahme-der-migrant-innenorganisationen/>, , Download 12.5.2021
- Österreichischer Integrationsgipfel (o.D.). Über den ExpertInnenrat M.I.T. und seine Aufgaben. [Integrationsgipfel.at](https://integrationsgipfel.at/expert_innenrat-m-i-t/) https://integrationsgipfel.at/expert_innenrat-m-i-t/, Download 12.5.21
- Österreichisch-Serbische Gesellschaft (ÖSG). (o.J.). Die ÖSG. <http://oesg.org/die-oesg/>
- Österreichisch Serbisches Wirtschaftsforum/ Austrijsko-Srpski Privredni Forum (OESW). (2021). Das ÖSW. (o.J.). Mehr als ein Wirtschaftsverein. <http://www.oesw.org/about-2/> , Download 29.4.2021.
- Potkanski, M. & Yildiran, N. (2010). Internetnutzung Jugendlicher und junger Erwachsener mit türkischem Migrationshintergrund in Wien. *Österreichischer Integrationsfonds*.
- Özbaş, A. & Hainzl, J. Özbaş, & H. (2016). 50 Jahre Jugoslawische Gastarbeit in Österreich. Verein JUKUS – Verein Zur Förderung von Jugend, Kultur und Sport (Hrsg.). Graz: CLIO Verlag.
- Pranders, D. & Grausgruber, A. (2019). Interesse und politisches Informationsverhalten von Migrantinnen und Migranten. In: *Die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich*. Aschauer, W. & Beham-Rabanser, M. & Bodi-Fernandez, O. & Haller, M. & Muckenhuber, J. (Hrsg.). Frankfurt a. M.: Springer Verlag.
- Ratkovic, V. (2018). Postmigrantische Medien: Die Magazine »biber« und »migrazine« zwischen Anpassung, Kritik und Transformation. Bielefeld: transcript Verlag.
- Rössl, I. (2018). Wahlrecht Für Migrantinnen. *Zeitschrift Für Kritik, Recht, Gesellschaft*, Vol. 1, 70-76.
- Romstorfer, A. (2011). *Transnationale Identitäten der serbischen community in Wien seit 1945*. Diplomarbeit. Universität Wien. Wien.
- Srbski Centar/ Das serbische Zentrum. (o.J.). Über uns. Geschichte. <https://serbischeszentrum.at/de/about-us#history> , 29.4.2021.
- Srbski Kulturni Forum/ Das Serbische Kulturforum (SKForum). (o.J.). Mission und Vision. <http://skforum.at/wp/de/ueber-uns/mission-und-vision/> , 29.4.2021.
- Scheichelbauer, M. (2016). Motive zur Nutzung von Social Media für politische Beteiligung von Migranten. *Universität Wien*. Diplomarbeit.
- Scholz, H. (2017). Social Networks: Funktionen, Marktstellung, Nutzung. In: Scholz, H. (Hrsg.) *Social goes Mobile - Kunden gezielt erreichen. Mobiles Marketing in Sozialen Netzwerken*. Wiesbaden: Springer Gabler.

- Şimşek, H. (2017). 50 Jahre Migration aus der Türkei nach Österreich. LitVerlag GmbH&Co. KG.
- Smith, G., & Stephenson, S. (2005). The Theory and Practice of Group Representation: Reflections on the Governance of Race Equality in Birmingham. *Public Administration*, 83(2), 323–343.
- SOS-Mitmensch. (2018). Alarmierend niedrige Einbürgerungsrate – immer mehr Kinder betroffen! <https://www2.sosmitmensch.at/alarmierend-niedrige-einbuengerungsrate>, Download am 6.5.2021
- SOS Mitmensch (2020a). 20 Fragen & Antworten – Wahlrecht und Wiener Pass Egal Wahl 2020. *sosmitmensch.at*
<https://www.sosmitmensch.at/20-fragen-und-antworten-zu-wiener-pass-egal-wahl>, Download 6.5.2021
- SOS Mitmensch (2020b). Rekordbeteiligung bei Wiener Pass Egal Wahl trotz Corona-Pandemie. *Sosmitmensch.at*
<https://www.sosmitmensch.at/rekordbeteiligung-bei-wiener-pass-egal-wahl-trotz-corona-pandemie>, Download 6.5.2021
- SOS Mitmensch (2020c). Wahlprobleme. *sosmitmensch.at*
<https://www.sosmitmensch.at/wahlprobleme>, Download 6.5.2021
- SOS Mitmensch (2020d). Nicht einmal die Hälfte der Wiener Bevölkerung gab ihre Stimme ab. *sosmitmensch.at*
<https://www.sosmitmensch.at/nicht-einmal-die-haelfte-der-wiener-bevoelkerung-gab-ihre-stimme-ab>, Download 6.5.2021
- Stadt Wien. (2018). Eheschließungen für Wien seit 1970, <https://www.wien.gv.at/statistik/bevoelkerung/ta-bellen/eheschliessungen-zr.html>, Download 29.4.2021.
- Stadt Wien. (2019). Migranten und Migrantinnen in Wien 2019. Daten und Fakten. <https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrup/download/pdf/3108775?originalFilename=true>, Download 29.4.2021.
- Stadt Wien (2020): Integrations- und Diversitätsmonitor Wien 2020. <https://www.wien.gv.at/menschen/integration/pdf/monitor-2020.pdf>, Download 29.4.2021.
- Statistik Austria (2019): Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zur Wanderungsstatistik. http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=029352, Download 7.5.2021.
- Statistik Austria (2019). Migration und Integration. Zahlen, Daten, Indikatoren 2019. https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Integrationsbericht_2019/Migration-Integration-2019.pdf, Download 10.5.2021.

Statistik Austria (2020a): Wanderungen mit dem Ausland (Außenwanderungen) 2019 nach Staatsangehörigkeit und Bundesland, http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_NATIVE_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=116954, Download 29.4.2021.

Statistik Austria (2021a): Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesländern (Jahresdurchschnitt 2020). http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=033241, Download 29.4.2021.

Statistik Austria (2021b): Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/index.html, Download 29.4.2021.

Statistik Austria (2021c): Eingebürgerte Personen und Einbürgerungsrate seit 1991 nach Bundesland bzw. Ausland. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/einbuengerungen/024814.html, Download 29.4.2021.

Statistik Austria (2021d): STATcube. Studierende in Österreich. Semester nach Werte und Staatsangehörigkeit politisch (Serbien und Türkei). Abgerufene Daten vom 7.5.2021.

Statistik Austria (2021e): Einkommen. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/einkommen/index.html

Turner, J. C., Hogg, M. A., Oakes, P. J., Reicher, S. D., & Wetherell, M. S. (1987). *Rediscovering the social group: A self-categorization theory*. Basil Blackwell.

Tsvetanova, D. (2011). Medien von MigrantInnen in Österreich. Überblick migrantischer Medien in der österreichischen Medienlandschaft mit besonderem Augenmerk auf bulgarische Medienproduktion. Universität Wien, Institut der Publizistik- und Kommunikationswissenschaften.

Vertovec, S. (2001). Transnationalism and identity, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 27:4, 573-582, DOI: 10.1080/13691830120090386.

Waldrauch, H., Sohler, K. & Perchinig, B.. (2002). MigrantInnenvereine in Wien. Endbericht. Eine Studie der Magistratsabteilung 17 und der Arbeiterkammer Wien, <https://www.wien.gv.at/meu/fdb/pdf/migrantinnenvereine-677-wif.pdf>, Download 29.4.2021.

Waldrauch, H., Schmidinger, T., & Sohler, K. (2013). Organisierte Diaspora: Vereine von KurdInnen aus der Türkei in Österreich. In *Schwerpunkt: Transnationalität und kurdische Diaspora in Österreich* (pp. 107–117). Wiener Verlag für Sozialforschung.

Weber-Menges, S. (2006). Die Entwicklung ethnischer Medienkulturen. Ein Vorschlag zur Periodisierung. In: Geißler, R. & Pöttker, H. (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Bielefeld: transcript Verlag.

wien.welt.offen (o.D.). WIEN.WELT.OFFEN das Forum für einen integrationspolitischen Dialog zwischen Politik, Expertinnen und Experten und Zivilgesellschaft. wienweltoffen.at

<https://www.wienweltoffen.at/>, Download 6.5.2021

Yildiz, E. (2015). Postmigrantische Perspektiven. Aufbruch einer neuen Geschichte. In: Hill, M. & Yildiz, E. (Hrsg.) *Nach der Migration*. Bielefeld: transcript Verlag.

Zentralrat der Serben (ZSÖ). (o.J.). Über uns. https://web.archive.org/web/20160505081333/http://zentralrat-der-serben.at/de_DE/ueber-uns, Download 29.4.2021.